

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Die Spannungen in der Türkei wachsen Kinkel in Ankara

Seite 8

Gegen Hochrüstung und Waffenexporte

Rüstungsgegner sammeln für „Frieden und Arbeit“

Seite 3



Leseempfehlung:

Inge Viett: Nie war ich furchtloser Zeitzeugnis

Seite 26



AKTUELL AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

Aktuell in Bonn	2
Rüstungsgegner sammeln für „Frieden und Arbeit	3
Nato-Streit in grüner Bundestagsfraktion	4
Bundeswehr koordiniert „Marineverband baltischer Staaten“	4
BKA-Novelle: Wildwest à la Wiesbaden	5
Volkstumpolitik: Grünes Kontra	5
Grüne für Niederlassungsgesetz	6
Newroz 1997: Hunderttausende feierten	7
AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG	
Kinkel in Ankara	8
Repressionspolitik der islamischen Republik Iran	9
Doppelspiel der PLO?	10
Meldungen	11
REGIONALES WEST UND OST	
Lokaler Widerstand – Meldungen	12
Schweinfurt: Wäschereibeschäftigte im Stadtrat	13
Prozeß gegen Günter Deckert	13
Mit Sturmhauben auf Ausländerhatz	14
Kommunalpolitische Konferenz der PDS	15
Bodenreform im Osten: Herrschaftsinstrument Boden	15
Berlin: „Kleinstfraktionen“ beunruhigen CDU und SPD	16
KOMMUNALE POLITIK – MELDUNGEN	17
AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN	
Was war? Wochen 13 und 14/97	18
Meldungen	18
ÖTV: Diskussion um Arbeitszeitverkürzung	19
Thyssen Krupp Stahl AG gebildet	20
OB behindert Wahl zum Gesamtpersonalrat	20
Kongreß „Wirtschaft von unten“	21
DISKUSSION UND DOKUMENTATION	
PDS Hamburg zerrissen über Kandidatur zur Bürgerschaft 1997	22
Wehrmachtausstellung in München und Debatte im Bundestag	23
LETZTE SEITEN	
Inge Viett: Nie war ich furchtloser	26
TERMINE	28

AKTUELL IN BONN **EURO CONTRA SOZIALHILFE?** Angeblich um die Haushaltsauflagen der Währungsunion zu erreichen, will Finanzminister Waigel eine weitere Kürzung der Sozialhilfe. Auch wenn er mit dieser Begründung von den Regierungsparteien zurückgepfiffen wurde, das Vorhaben selbst, die Sozialhilfe noch weiter zu kürzen, bleibt aufrechterhalten. Die DGB-Vizevorsitzende Engelen-Kefer forderte dagegen mit Blick auf die Schlußverhandlungen im Mai/Juni über eine Reform der Maastrichter Verträge, in die Bedingungen für die Währungsunion müsse auch eine Klausel zur Arbeitslosigkeit. Bei hoher Arbeitslosigkeit müßten die Regierungen der EU-Staaten Beschäftigungsprogramme vornehmen dürfen, ohne gegen die Kriterien der Währungsunion zu verstoßen. Außerdem fordert der DGB, das Sozialprotokoll, das Mehrheitsbeschlüsse über soziale Mindeststandards erlaubt, in die Maastrichter Verträge aufzunehmen. „Wir werden nicht zulassen, daß der Maastricht-Prozeß als Rechtfertigung für wahllose Sozialkürzungen mißbraucht wird und der kleine Mann die Zeche für Maastricht alleine zahlt“, so Engelen-Kefer.

BOSNIEN: „PHASE 2“. Die Innenminister von Bund und Ländern halten an der im Januar beschlossenen zwangsweisen Rückführung von 300.000 bosnischen Flüchtlingen trotz zunehmender öffentlicher Proteste fest. Am 1. Mai beginne die Phase 2, verkündet Mecklenburgs Innenminister Geil für die IMK, bei der dann auch ganze Familien wieder abgeschoben werden. Bis dahin sollen vor allem Alleinstehende und kinderlose Ehepaare abgeschoben werden. Als letzte Opfer sind traumatisierte und kranke Personen, Auszubildende, die hier eine Ausbildung erhalten, und Zeugen für die Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag vorgesehen. Unmittelbar vor den Osterfesten protestierte auch Ex-Postminister Schwarz-Schilling, einer der Hauptthetzer gegen die Serben, mit anderen CDU- und SPD-Abgeordneten gegen die Abschiebungen. Er fürchtet offenbar störende Folgen der Abschiebungen für die westliche Interventionskräfte und ihre Kollaborateure und Helfer auf dem Balkan.

VÖLKISCHER CDU-DRECK. Der „Sozialexperte“ der Unionsparteien, der Abgeordnete Louven, hat rechtsextremistischen und neofaschistischen Kreisen eine propagandistische Steilvorlage geliefert. In einem Papier für den Fraktionsarbeitskreis Arbeit und Soziales will Louven den (ohnehin nur ganz geringen) Zugang für Nicht-EU-Ausländer beschränken und nennt dann: jüdische Emigranten aus der Sowjetunion, Ehepartner von in Deutschland lebenden Ausländern, Asylbewerber, Praktikanten und Studenten. Die „jüdische Überfremdung“ aus dem Osten ist ein so tiefbrau-

nes Hetzbild, daß es bisher kein Unionspolitiker öffentlich aufzuwerfen wagte. Jetzt ist es geschehen.

AFG-NOVELLE. Am 20. März hat der Bundestag die von der Regierungskoalition vorgelegte Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes verabschiedet. Damit treten zum 1. April erneut massive Leistungskürzungen und Kontrollen gegen Arbeitslose in Kraft. So werden die Altersgrenzen für den verlängerten Bezug von Arbeitslosengeld um 3 Jahre angehoben, Abfindungen stärker auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Arbeitslose müssen noch längere Anfahrtswege und Lohnsenkungen bei neuen Stellen in Kauf nehmen.

GESUNDHEIT: ZUZAHLEN! Mit der Mehrheit der Regierungsparteien ist eines von Seehofers „Gesundheitsreformgesetzen“ am 20. März verabschiedet worden. Es sieht u.a. höhere Zahlungen von Kranken (5 DM mehr bei Medikamenten, Krankenhausaufenthalten u.ä.) vor, die Ausgabenbegrenzungen für Ärzte und Krankenhausentgelte entfallen dafür. Der Bundesrat kann das Gesetz zwar noch abweisen, dann kann die Regierung aber mit ihrer „Kanzlermehrheit“ es trotzdem in Kraft setzen, so daß zu befürchten ist, daß dieses Gesetz ab Mai in Kraft ist.

RENTEN-GESETZ IN 1997? Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung die von Blüm verlangten und auf dem „kleinen Parteitag“ der Union vorletzte Woche gebilligten Rentensenkungen per Gesetz auf den Weg bringen. Geplant ist u.a. eine Senkung des Rentenniveaus von derzeit angeblich 70% des Durchschnittsverdienste auf 64%. Tatsächlich ist eine diesen Zahlen zugrundeliegende Beschäftigung (40 Jahre und mehr Vollzeit) für immer mehr Beschäftigte Fiktion, so daß am Ende die Zahl der Elendsrenten steil steigen wird. Daran knüpfte auch CDU-Rechtsaußen Biedenkopf an, der eine – viel zu niedrige – „Grundrente“ aus Steuern finanzieren will, also mit komplettem Wegfall des Arbeitgeberbeitrags. Blüm will zum „Ausgleich“ Erziehungszeiten stärker berücksichtigen. Nebenbeschäftigungen und Scheinselbständigkeit sollen in die Beitragspflicht aufgenommen werden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag ist in den Osterferien. Nach Ostern sollen die Energieverhandlungen der SPD mit der Regierung weitergehen. Ende April hat Waigel die nächste Steuerschätzung, danach dürften neue Haushaltskürzungen anstehen. Ebenfalls im Mai beginnen die Beratungen über den Haushalt 1998. Im Juni soll der EU-Gipfel über die Währungsunion und die Reform der Maastrichter Verträge beschließen, im Juli will die NATO in Madrid die Verhandlungen um die „Osterweiterung“ formell eröffnen.

Rüstungsgegner sammeln für „Frieden und Arbeit“

Gegen die sozial unverfrorene und außenpolitisch hochgefährliche Großmachtpolitik der Bundesregierung – ununterbrochen neue soziale Kürzungen auf der einen Seite, Hochrüstung der Bundeswehr und NATO-Osterweiterung auf der anderen Seite – wendet sich eine Initiative aus Gewerkschaftskreisen und der „Naturwissenschaftler für den Frieden“, die jetzt an die Öffentlichkeit getreten ist.

Inzwischen haben die Initiatoren zahlreiche Gewerkschafter, Rüstungskritiker und andere für ihre Unterschriftensammlung gewonnen. Bei den Ostermärschen, beim 1. Mai und auch sonst soll weiter gesammelt werden, um den öffentlichen Widerstand gegen den Hochrüstungskurs der Regierung zu stärken.

Von Bedeutung ist, daß gerade in der IG Metall sich zahlreiche Gewerkschafter der Erklärung angeschlossen haben, richtet sich die Initiative doch ausdrücklich auch gegen den – auch von Betriebsräten in der Luft- und Raumfahrt ausdrücklich verlangten – „Eurofighter“. Wegen der Haushaltsprobleme Waigels

und der Weigerung der SPD, einer „Sonderfinanzierung“ zuzustimmen, steht der endgültige Beschaffungsauftrag des Bundestags für dieses gigantische Rüstungsprojekt – geschätzte Kosten allein für die BRD ca.

30 Milliarden DM – noch aus. Bereits im Mai sollen deshalb die bis dahin gesammelten Unterschriften den Abgeordneten des Bundestags und speziell des Haushaltsausschusses übergeben werden. Die Initiatoren rechnen damit, daß dann im Bundestag die Verhandlungen über den Haushalt 1998 und damit die Entscheidung über den „Eurofighter“ auf die Tagesordnung kommen, und wollen deshalb viel Druck machen. Wenn die Reaktionen in der Öffentlichkeit ermutigend sind, überlegt man auch eine Verlängerung der Kampagne bis in die kommenden Bundestagswahlen, was dann auch für die SPD, die bislang den Hochrüstungskurs der Bundesregierung nicht viel entgegengesetzt hat, eine andere Lage schaffen könnte.

Von „Pax Christi“, Rüstungsinformationsbüro (RIB), BUKO, IPPNW und anderen gibt es inzwischen eine ähnliche Initiative „Stoppt den Eurofighter 2000“.

In einem IPPNW (Ärzte gegen Atomkrieg)-Flugblatt heißt es u.a.

„Wir haben die Wahl:

1 Eurofighter dürfte alles in allem ca. 170 Millionen DM kosten. Damit könnte man z.B.:

- 1.800 Krankenhausärzte / Lehrer / Uniassistenten oder 2.800 Krankenschwestern / Altenpfleger / Sozialarbeiter 1 Jahr lang beschäftigen,
- 3.000–4.000 ABM-Stellen pro Jahr schaffen,
- 1.100 zivile Friedensdienstler zur gewaltfreien Konfliktlösung 2 Jahre in Ex-Jugoslawien einsetzen
- 100–150 Kindergärten bauen (200.000 Kindergartenplätze fehlen derzeit in Deutschland)

- die Arbeit von Greenpeace International für 3–4 Jahre finanzieren,
- die gesamte Friedensforschung in Deutschland für 20 Jahre bestreiten
- die Arbeit der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) inkl. Bosnien für 2–3 Jahre bezahlen.

30 Milliarden DM sind viel Geld, z.B.:

- soviel wie 90 Jahre jeden Tag 6 Richtige im Lotto
- in 1000-DM-Scheinen übereinander gelegt wird eine Höhe über 3.000 m erreicht
- das 7–8fache des gesamten, jährlichen Spendenaufkommens für humanitär-karitative Zwecke in Deutschland
- das 10fache des Jahresetats von Bund und Ländern für Gesundheitsforschung
- das 25–30 fache der gesamten bisherigen Ausgaben des Bundes für die Solartechnologie
- das 2fache des gesamten Jahreshaushaltes der UNO (inkl. Friedenssicherung und Sonderorganisationen) und das 12–13fache der Kosten aller Blauhelmissionen im Jahre 1996
- das 20fache des Jahreshaushaltes der UNICEF (Kinderhilfswerk) und das 50fache des Jahreshaushaltes der WHO (Weltgesundheitsorganisation)
- Dafür könnte man lt. UNICEF alle Kinder dieser Welt über ein halbes Jahr lang mit ausreichend Nahrung, einer medizinischen Grundversorgung, Grundschulbildung und sauberem Wasser versorgen.“

rül

INITIATIVE FÜR FRIEDEN UND ARBEIT

Sieben Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts betragen die Militärausgaben des Bundes immer noch jährlich 45 Milliarden DM. Deutschland wird von keiner Seite militärisch bedroht – weder in Europa noch in der Welt. Trotzdem wird die Bundeswehr weiter kostenaufwendig perfektioniert und zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgerüstet. Dies mag den Interessen bestimmter Kreise aus Wirtschaft, Militär und Politik entsprechen. Dies kann aber nicht im Interesse der Menschen sein.

In unserem Interesse ist vielmehr;

- die Anschaffung neuer Waffensysteme sowie die Modernisierung der Bundeswehr zu stoppen
- den Bau des Eurofighter 2000 zu verhindern
- die Verteidigungsausgaben drastisch zu reduzieren
- den Waffenhandel zu verbieten.

Die Bundesregierung muß zu einer Außen- und Entwicklungspolitik gedrängt werden, die auf den Einsatz militärischer Macht verzichtet und auf nicht-militärische zivile Instrumente zur präventiven Konfliktverhütung und konsensualen Konfliktbearbeitung setzt. Um dies durchzusetzen, bedarf es verstärkter Anstrengungen einer politischen Bewegung aus Gewerkschaften, Friedensgruppen, sozialen Bewegungen, Kirchen und Parteien.

Was wir brauchen, sind zukunftsfähige Investitionen

- für den Erhalt und den Ausbau sozialer Sicherheitssysteme
- für die Schaffung von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Beschäftigungsfeldern
- für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Umweltbedingungen der Menschen.

Wir fordern dazu auf, unsere Initiative für Frieden und Arbeit zu unterstützen.

Engagiert Euch.

Abrüstung braucht Bewegung.

ERSTUNTERZEICHNENDE: Karin Benz-Overhage, Vorstandsmitglied IG Metall; Harald Fiedler, DGB-Kreisvorsitzender Ffm.; Reinhard Hahn, Bundesjugendsekretär IG Metall; Gotfried Heil, 2. Bevollm. IG Metall Friedrichshafen; Detlef Henschel, Vorsitzender IG Medien; Karlheinz Kuno, DGB-Kreisvorsitzender Friedrichshafen; Margret Mönig-Raane, Vorsitzende Gewerkschaft HBV; Monika Papke, Vorstandsmitglied IG Medien; Horst Schmitthenner, Vorstandsmitglied IG Metall; Erwin Vitt, Vorstandsmitglied IG Metall; Peter Wedemeier, DGB-Kreisvorsitzender Kassel.

UNTERSTÜTZUNGEN AN: DGB Kassel, Kasseler Friedensforum, Spohrstr. 6, 34117 Kassel; Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“, Gutenbergstr. 31, 44139 Dortmund, T. 0231/575202, Fax 0231-5752 10.

Nato-Streit in grüner Bundestagsfraktion

Ohne Beschluß blieb eine Beratung der grünen Bundestagsfraktion zur NATO-Osterweiterung. Ein ablehnender Antrag von Angelika Beer, Ludger Vollmer u.a. wurde nicht verabschiedet. Auch wenn sich die Antragsteller/innen der Unterstützung der Mehrheit der Partei sicher glauben, die Fraktion will der öffentlichen Befürwortung der NATO-Osterweiterung durch bündnisgrüne MdBs und Sprecherinnen nicht entgegenreten. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion, Angelika Beer, beschreibt ihre Position gegen die Nato-Osterweiterung.

Mit der NATO-Osterweiterung stellt sich die Frage nach dem Charakter der gesamteuropäischen Integration und dem Aufbau einer Friedensordnung für ganz Europa: Wird die Integration Europas militärischer Logik folgen und eine neue, militärische Trennlinie, diesmal nur weiter nach Osten verschoben, in Europa eingerichtet?

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich der Warschauer Pakt auf-

„Angelika, die NATO kann außerhalb des Bündnisgebietes nur mit dem Mandat des UN-Sicherheitsrates militärisch eingreifen. Der Kampf um Rohstoffe in aller Welt ist doch dein Schreckgespenst aus der Mottenkiste. Der Kalte Krieg ist vorbei ...“ (Die bündnisgrüne NATO-Befürworterin Waltraud Schoppe (MdB) im Streitgespräch mit Angelika Beer in „grün&bündig“)

gelöst, und die Nato machte sich auf die Suche nach neuen Aufgaben. Die „neue“ Nato umfaßt weit mehr als die Ost-Erweiterung. Die Reform beinhaltet zudem den Aufbau von Krisenreaktionskräften und eine neue transatlantische Arbeitsteilung hinsichtlich künftiger Militäreinsätze.

Die Ost-Erweiterung wird immense finanzielle Folgen für die beitretenden Länder haben. Die Verteidigungshaushalte werden nach den Berechnungen des US-Congressional Budget Office um ca. 60 Prozent steigen. Diese Mittel fehlen sowohl für nationale Wirtschaftsprogramme wie für die wirtschaftliche Integration in die EU. Die Nato-Osterweiterung stellt in dieser Hinsicht sogar eine Gefährdung des Demokratisierungs- und Reformprozesses in den ost- und mitteleuropäischen Staaten dar, denn eine gut funktionierende Demokratie bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Ost-Erweiterung konterkariert damit den Wunsch

dieser Staaten nach einer engen Anbindung an den „Westen“. Selbst in der Nato ist die Ausdehnung nach Osten keineswegs umstritten. Sowohl die Kostenfrage, Zeitpunkt und Tempo als auch Bedenken, ob durch die Erweiterung die militärische Schlagkraft beeinträchtigt werden könnte, haben gerade in jüngster Zeit zu Konflikten zwischen Bündnismitgliedern geführt.

Auch aus sicherheitspolitischen Gründen lehne ich die Ost-Erweiterung der Nato ab. Daß die Nato nicht in der Lage ist, zwischen ihren Mitgliedern Frieden zu stiften, zeigt gerade der aktuelle Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei. Von daher ist zweifelhaft, ob es der Nato gelingen wird, in Konflikten zwischen oder innerhalb der osteuropäischen Staaten zu vermitteln. Ferner wird die prekäre Stabilität, die durch Rüstungskontrollregime wie KSE (konventionelle Abrüstung) und START (strategische Waffen) in Europa geschaffen wurde, gefährdet. Am Nato-Vorschlag zur KSE-Weiterentwicklung kann man sehen, daß es der Nato nicht um eine Fortsetzung des Abrüstungsprozesses geht, denn dann müßte die Bereitschaft zu eigenen, weitgehenden Reduzierungen signalisiert werden. Die Nato-Osterweiterung ist damit geradezu schädlich für eine friedliche Entwicklung in Europa.

Die Alternative zur Osterweiterung der Nato sind Ausbau und Reform der OSZE und die Osterweiterung der EU. Im Rahmen der OSZE müssen die zivilen Konfliktbearbeitungsmechanismen so ausgebaut werden, daß sie den friedenspolitischen Notwendigkeiten in Europa genügen.

Ostsee als deutsches „Mare Nostrum“

Bundeswehr koordiniert „Marineverband der baltischen Staaten“

Nach einer Presseerklärung der Bundesverteidigungsministeriums übernimmt die BRD die Koordination der Bildung eines gemeinsamen Marineverbandes der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

Im Oktober 1996 haben die Verteidigungsminister Estlands, Lettlands und Litauens beschlossen, einen gemeinsamen Verband der Seestreitkräfte „Baltic Squadron“ („BALTRON“) zu gründen. Er soll aus etwa 2 Minenabweereinheiten jeder der drei Marinen gebildet werden.

Der Verband soll nach Vorstellung der baltischen Staaten folgende Aufgaben erhalten:

- Entwicklung der Fähigkeit zu Minenräumoperationen in der Ostsee in engem Zusammenwirken mit anderen Marinen;
- Teilnahme an NATO-Partnership for Peace (PfP) Aktivitäten und internationalen Missionen als „Baltic naval squa-

dron of permanent readiness“ und Teilnahme an Seenotrettungsmaßnahmen.

Die NATO-Staaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Niederlande, Norwegen, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Polen, Schweden und Finnland unterstützen das Vorhaben. Sie wollen den baltischen Staaten bei der Gründung des Verbandes, der Ausbildung und bei der späteren Übungstätigkeit helfen.

Nach Herstellen der Einsatzbereitschaft 1998 soll der Verband an „Partnership for Peace“-Übungen wie „COOPERATIVE VENTURE“ teilnehmen, in der Lage sein, Minenräumoperationen durchzuführen und sich an internationalen Einsätzen beteiligen.

„Baltic Squadron“ („BALTRON“) ist Ausdruck der engen Kooperation zwischen den baltischen Staaten sowie der Zusammenarbeit zwischen NATO-Staaten und Nicht-NATO-Staaten und soll, so das BMVg, zu „Sicherheit und Stabilität im Ostseeraum“ beitragen.

Dieses Projekt zur Unterstützung Estlands, Lettlands und Litauens, das zur Stärkung der Gemeinsamkeit dieser Staaten und der besseren Nutzung knapper Ressourcen beitragen werde, sei ein weiteres Element in einem Bündel von



Maßnahmen zur Unterstützung der baltischen Staaten.

1998 wird der gemeinsame Einsatzverband der Baltischen Landstreitkräfte „Baltic Battalion“ („BALTBAT“) erstmals geschlossen zusammengeführt. Bisher waren die Kompanien der baltischen Staaten in dänische, schwedische und norwegische Bataillone eingegliedert. Dieser Verband steht für friedenserhaltende Einsätze im Rahmen eines Mandates der Vereinten Nationen und der OSZE bereit. Zwei Kompanien von „BALTBAT“ sind zur Zeit bei SFOR eingesetzt. Die Aufstellung von „BALTBAT“ begann 1994. Dänemark hat die Koordination bei der Bildung dieses gemeinsamen Verbandes der Baltischen Landstreitkräfte übernommen.

Die Einbindung der Streitkräfte von Estland, Lettland und Litauen in NATO-„Partnership for Peace“-Übungen sowie multinationale oder bilaterale Übungen im „Geiste von PfP“ wird auch 1997 auf

hohem Niveau fortgesetzt und trage somit „zur umfassenden Ausbildung der Streitkräfte“ in den drei baltischen Staaten bei. Estland wird an insgesamt 18 Übungen (11 mit deutscher Beteiligung), Lettland an 14 Übungen (9 mit deutscher Beteiligung) und Litauen an 17 Übungen (10 mit deutscher Beteiligung) teilnehmen.

Mit hoher Priorität unterstützt Deutschland die drei baltischen Staaten bei der militärischen Ausbildung und der materiellen Ausstattung. Estland und Lettland erhalten seit 1993, Litauen seit 1992 militärische Ausbildungshilfe. Bisher haben insgesamt 57 Offiziere und Offizieranwärter ihre Ausbildung in Deutschland abgeschlossen. Gegenwärtig befinden sich 88 Offiziere / Offizieranwärter in Deutschland in der Ausbildung. Weitere 47 Ausbildungsplätze sind angeboten. Deutsche Militärberater in den Baltischen Staaten unterstützen den Aufbau nationaler Streitkräfte in Fragen der Organisation, Struktur und Ausbildung, so das BMVg weiter.

Deutschlands hat seit 1992 Material (insbesondere der ehemaligen NVA) an Estland, Lettland und Litauen abgegeben. Hierbei handelt es sich um Transportflugzeuge, Hubschrauber, Kraftfahrzeuge, Boote, Minensuchgerät, Fernmeldeausstattung, Sanitätsmaterial und Musikinstrumente. Weitere Projekte sind eingeleitet. (hav)

Quelle: Pressemitteilung des BMVg vom 16. März

BKA-Novelle verabschiedet

Wildwest à la Wiesbaden

Am 20. März hat der Bundestag das BKA-Gesetz von Bundesinnenminister Kanther mit den Stimmen der Regierungsparteien verabschiedet. Die PDS-Abgeordnete Jelpke kritisierte das Gesetz heftig. Hier ihr Beitrag.

Wir haben den Gesetzentwurf für die Neuregelung des BKA-Gesetzes bereits in der ersten Lesung kritisiert:

- Zum einen, weil wir meinen, daß durch die beabsichtigte forcierte Zentralisierung im Polizeibereich der Föderalismus unter die Räder gerät. So hat z.B. der Bundesrat moniert; durch das neue BKA-Gesetz ergäbe sich eine „verfassungsrechtlich äußerst bedenkliche Kompetenzverschiebung zuungunsten der Bundesländer“. Und die Bundesregierung gestand dies, wenn sie antwortete, „insbesondere im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität ist eine konsequente Trennung zwischen Prävention und Repression nicht möglich“. Die Bundesregierung verwischt somit gerade in diesen beiden sensiblen Kriminalitätsbereiche vorsätzlich die Trennung zwischen der länderpolizeilichen Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung.

- Zweitens sollen BKA-Spitzel zukünftig auch einen sog. „kleinen Lauschangriff“ durchführen können (...)

- Schließlich haben wir auf die Gefahr hingewiesen, daß sich die Polizei – hier insbesondere das BKA – immer mehr einer demokratischen Kontrolle entzieht und sich immer mehr verselbstständigt. Mit „wachsender Sorge“ beobachtet selbst der Deutsche Richterbund in seiner Stellungnahme zum BKA-Gesetz den unerhörten Machtzuwachs des BKA. Die „Mittel und Möglichkeiten der Polizei werden gestärkt, aber die Bedeutung der Staatsanwaltschaften und Gerichte zur Gewaltenteilung werden nicht berücksichtigt.“

Nehmen wir nur das Beispiel des im BKA-Gesetz vorgesehenen „Zeugenschutzes“. Regelungen, ob das BKA überhaupt einen gefährdeten Zeugen oder Kronzeugen schützt, wie dessen Aussageverhalten geweckt, aufrecht erhalten wird z.B. durch die Drohung, das Zeugenschutzprogramm zu beenden und den „ungeschützten“ Zeugen seinen ehemaligen Kumpanen auszuliefern – dieser Akt der polizeilichen Praxis ist im Alltag weder von den Staatsanwaltschaften, geschweige denn von den Gerichten und zu allerletzt von Seiten der Verteidigung zu kontrollieren – hier herrschen echte Wildwest-Methoden.

Wir haben aus diesen Gründen eine Anhörung zum BKA-Gesetz gefordert. Es wurde auch eine durchgeführt – allerdings eine nach dem Zuschnitt der Regierungsparteien und der SPD. Zu dieser Anhörung waren allein Vertreter der Polizeibehörden – natürlich ausnahmslos Männer – eingeladen, aber nicht eine einzige unabhängige kritische Stimme – weder jemand von der BAG „Kritische Polizisten“, noch vom Richterbund und – man höre und staune – nicht ein einziger Datenschutzbeauftragter.

Wenn in der Presse immer wieder von einer möglichen großen Koalition gemunkelt wird – im Bereich der Inneren Sicherheit funktioniert diese schon seit Jahren wie geschmiert. Und immer wieder zeigt sich, auch bei der SPD sind die liberalen Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern nicht gut aufgehoben.

(...) Im Interesse demokratischer Transparenz unterstützen wir natürlich auch den grünen Antrag, Polizisten endlich – und sei es durch codierte – Namensschilder Bürgerinnen und Bürgern gegenüber erkennbar zu machen. Allerdings: dies kann nur ein erster Schritt sein. Um die Beschwerdemacht von Opfern rechtswidrigen polizeilichen Handelns zu stärken, sind Reformen in der Polizeistruktur, deren Ausbildung und die Schaffung eines Polizeibeauftragten vonnöten. Denn sonst werden selbst mit Namensschildern versehene prügelnde Ordnungshüter auch in Zukunft ungeschoren davonkommen.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe.

Waffenschmidts Volkstumspolitik

Grünes Kontra zu Protokoll gegeben

Am 20. März hatte sich der Bundestag auf Antrag der Bündnisgrünen eigentlich mit der „Außenpolitischen Betätigung des Bundesinnenministeriums“ befassen sollen. Die ohnehin erst am Abend vorgesehene Debatte wurde dann kurzfristig abgesetzt – keine Zeit – und die Reden zu Protokoll gegeben.

Kritik an der völkisch-deutschen Großmachtpolitik ist im Bonner Parlament nicht erwünscht. „Fast sämtliche Landsmannschaften und Verbände der Vertriebenen“, schimpfte Ex-BdV-Funktionär Hartmut Koschyk (CDU/CSU) in seiner zur Protokoll gegebenen Rede, würden ganz zu Unrecht „in eine rechte oder rückwärtsgewandte Ecke gestellt“, noch immer seien diese Verbände „die Buhmänner“ für einen großen Teil der Linken. Koschyk an die grüne Abgeordnete Annelie Buntenbach, die die Debatte gefordert hatte: „Räumen Sie endlich mit Ihren Vorurteilen gegenüber den Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen und den Unterstellungen gegenüber der diese einbindenden Politik auf! Es gibt keine ‚Volkstumspolitik‘ ...“

Wir dokumentieren trotzdem aus dem Entschließungsantrag von Annelie Buntenbach und ihrer Fraktion.

„Sieben Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und nach Herstellung der deutschen Einheit sowie vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes besteht Anlaß, die Funktion des „Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung“ und sein Amtshandeln zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. (...)

Das Auslandshandeln des „Aussiedlerbeauftragten“, der noch in der Epoche des Kalten Krieges berufen wurde, hat sich diesen neuen Gegebenheiten nicht angepaßt ... Die Auslandsmaßnahmen des Aussiedlerbeauftragten in den ehemals deutschen Ostgebieten in Polen und in der russischen Oblast Kaliningrad, aus denen kaum mehr Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kommen, sind mit einem aus §4 Bundesvertriebenengesetz begründbaren Auftrag nicht vereinbar ... Diese Zweideutigkeiten werden durch die Beauftragung von Mittlerorganisationen verstärkt, die mitunter rechtsextreme Tendenzen aufweisen und deren Vertreter die deutsche Ostgrenze infragestellen oder die verbandspolitische Forderungen etwa nach Minderheitenrechten für rückkehrende Vertriebene erheben. Dies ist mit den geltenden Verträgen ... nicht vereinbar. Der völkisch definierte Begriff des „deutschen Volkszugehörigen“ nach §6 BVFG darf keine Kategorie der Außenpolitik oder der Auswärtigen Kulturpolitik des europäischen Deutschland werden. Die Bundesrepu-

blik Deutschland hat kein Interesse an ethnischen Differenzierungen ... Die historischen Belastungen der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn durch die auf Revision der Versailler Verträge abzielende Politik der Weimarer Republik, die später von den Nationalsozialisten mißbraucht wurde, erfordert eine besondere Sensibilität ...

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Amt und Mandat des „Aussiedlerbeauftragten ... der seit dem 1. Januar 1993 geltenden Rechtslage aufgrund des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes anzupassen. Seine Tätigkeit ist dahingehend festzuschreiben, daß sie sich ... ganz überwiegend auf die Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ...

2. das Engagement ... in den ehemals deutschen Ostgebieten in Polen und in der russischen Oblast Kaliningrad, aus denen keine nennenswerte Spätaussiedlung mehr stattfindet, zu beenden. (...)

4. dem Bundestag über die Gründe und die Verantwortlichen der „freihändigen Vergabe“ von Aufträgen zur Rückführung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in den Jahren 1989 bis 1994 in Höhe von mehr als 543 Mio. DM zu berichten.

5. dem Bundestag über die Vergabe und Abrechnung von Projektgeldern in Höhe von mehr als 200 Mio. DM an den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) ... zu berichten ...

6. Mittlerorganisationen von der Förderung auszuschließen, die sich nicht eindeutig von rechtsextremistischen Tendenzen abgrenzen. (...)

9. die Einwanderungspolitik aufgrund von Kriterien einer nicht mehr zeitgemäßen Volkszugehörigkeit zu beenden und einen Entwurf für ein für alle ausländischen Staatsangehörigen, auch solche mit deutschen Vorfahren, gültiges Einwanderungsgesetz vorzulegen ...

Staatsbürgerschaft: Der dritte Anlauf seit 1994

Grüne für Niederlassungsgesetz

Zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode hat die bündnisgrüne Bundestagsfraktion in der Woche vor Ostern versucht, eine Änderung des völkisch-deutschen Staatsbürgerschaftsrechts einzuleiten. Ihr Abgeordneter Cem Özdemir legte den Entwurf eines „Niederlassungsgesetzes“ vor.

Den ersten Anlauf hatten die Grünen bereits im Februar 1995 gemacht. Damals legte die Fraktion einen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts“ (Drucksache 13/423 vom 8.2.95) vor. Dieser orientierte sich fast wörtlich an den Vorschlägen, die in der Legislaturperiode zuvor unter dem Druck einer bundesweiten Kampagne für doppelte Staatsbürgerschaft sowie der Verfassungsreform-Diskussion sogar die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung vorgetragen hatte und die das seit 1912 geltende Bluts- und Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht („ius sanguinis“) durch Elemente des Territorialprinzips („ius solis“) nicht ersetzen, aber wenigstens ergänzen sollte. Die Grünen forderten:

„• ausländische Kinder erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, wenn ein Elternteil über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung oder eine Aufenthaltsberechtigung verfügt oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

• Ausländer und Ausländerinnen, die sich seit acht Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, sind auf Antrag einzubürgern.

• Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind nach fünf Jahren auf Antrag einzubürgern. Gleiches gilt für ausländische Ehegatten von deutschen Staatsangehörigen.

• Der Rechtsanspruch auf Einbürgerung verlangt einen verfestigten Aufenthalt und ist an keine weiteren Voraussetzun-

gen gebunden. Mehrstaatigkeit wird hingenommen.“

Der grüne Antrag liegt seitdem im Rechtsausschuß des Bundestags.

Ein Jahr später, am 29.1.1996, folgte ein weiterer Antrag der Bündnisgrünen. Sie formulierten „Mindestkriterien für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts“ (Drucksache 13/3657). Diese sollten sein:

1. „Ein das Abstammungsrecht ergänzendes Territorialprinzip“ (siehe oben)

2. Die Erleichterung der Einbürgerung inkl. vermehrte Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft.

Auch dieser Antrag blieb ergebnislos.

Welche Chancen der jetzige dritte Anlauf hat, werden die nächsten Wochen zeigen. Die CDU/CSU will jede Änderung blockieren. Die FDP dagegen hat durch ihren Generalsekretär Westerwelle noch für den April einen eigenen Gesetzentwurf zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts angekündigt. Man könne nicht mit einem Staatsbürgerschaftsrecht aus dem 19. Jahrhundert ins nächste Jahrtausend ziehen, so die FDP, die Lockerungen bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte durch deutsche Unternehmen und nur ganz geringfügig Änderungen bei der Rechtlosigkeit der sieben Millionen Ausländer in der BRD erreichen will.

Doch zurück zum neuen grünen Gesetzentwurf. In der Begründung kritisieren die Grünen die bestehende Lage als staatliche Förderung von Rassismus. Sie fordern ein „Niederlassungsgesetz“, das seit 5 Jahren rechtmäßig in der BRD lebenden ausländischen Personen ein „Niederlassungsrecht“ einräumt und völkische Kriterien wie „Abstammung“ und „Bekenntnis zum Deutschtum“ ablehnt. Niederlassungsberechtigte sollen gegen Ausweisung geschützt sein und fast alle Rechte genießen, ausgenommen das an die Staatsangehörigkeit gebundene Wahlrecht zu Bundestag und Landtagen.

Wenn sie wollten, hätten FDP, SPD, Grüne und PDS im Bundestag zusammen sogar eine Mehrheit für ein neues Staatsbürgerschaftsrecht – und das im „Jahr gegen Rassismus“!

rül

„Kinder bei Kanther“ – unter dieser Überschrift erschien dieses Foto über eine Protestaktion vom Vortag in Bonn gegen Kanthers neue Visumpflicht für ausländische Kinder am 22. Februar im Berliner „Tagesspiegel“. Das Europaparlament hat die Verordnung des Bundesinnenministers verurteilt – vergeblich, die SPD-Innenminister im Bundesrat ließen die Verordnung nach marginalen Änderungen passieren.



Die kurdischen Newrozfeiern fanden in der BRD dieses Jahr erstmals wieder ohne eklatante staatliche Übergriffe statt. In Kurdistan selbst feierten über hunderttausend Kurden.

Das Newroz-Koordinationsbüro in Köln meldete am 22. März: „An verschiedenen Stellen der Stadt Diyarbakir versammelten sich über 30.000 Menschen, allein im Stadtteil Batikent kamen ca. 15.000 Menschen zusammen. Die Feierlichkeiten wurden um 15 Uhr mit einem Demonstrationszug bis zur HADEP-Zentrale beendet. Nach der Auflösung der Demonstration schritten gegen 15 Uhr die Sicherheitskräfte ein. Nach Augenzeugenberichten wurden schätzungsweise 60 bis 70 Menschen festgenommen ... Nach Informationen der Schweizer Menschenrechtsdelegation versammelte sich die Bevölkerung von Batman spontan zu einem Fest mit 10.000 Menschen. Dieses wurde von der Polizei angegriffen. Sie stießen Kinder aus der feiernden Menge in das Newrozfeuer, die daraufhin mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Darüber hinaus kam es auch in anderen kurdischen Städten wie Agri und Van zu Auflösungen der Feierlichkeiten durch die Sicherheitskräfte. In Mardin, Malatya, Urfa, Adiyaman, Mersin, Gaziantep und vielen anderen Orten beging die Bevölkerung ohne Zwischenfälle ihr Fest.“

In der BRD beteiligten sich schon am 20. März über 10.000 Personen an Fackelzügen und Feiern, die staatlichen Organe hielten sich mit Ausnahme von Berlin zurück. In Berlin beteiligten sich etwa 1.000 bis 1.500 an einer Newroz-Demonstration mit anschließendem Fest, zu der neben dem örtlichen Verein von YEK-KOM auch deutsche und türkische Linke aufgerufen hatten. Die Polizei hatte angekündigt, sie werde gegen jedes „verbotene Symbol“ einschreiten. Drei Mal griff sie brutal an und entfernte „verbotene“ Transparente. Etwa 20 Personen wurden festgenommen. Trotz dieser Übergriffe endete die Demonstration mit einem Fest und Tanz um ein großes Feuer auf dem Mariannenplatz in Kreuzberg.

In Hamburg nahmen 500 bis 1.000 Personen an dem Fackelzug teil, viele kurdische Symbole und Fahnen waren zu sehen. Veranstalter war das Komitee zur Unterstützung der Samstagsmütter. Die Polizei hielt sich zurück.

In Oldenburg beteiligten sich etwa 1.000 Personen, in Hagen etwa 2.500 Personen, in Ulm ca. 500, in Saarbrücken ca. 1.500 Personen, in Bonn ca. 1.000 Personen, in Bochum 400, in Salzgitter ca. 1.500, in Karlsruhe etwa 1.000 Personen, in Stuttgart am gleichen Tag etwa 2.000 Personen, in Mannheim 600. Auch in diesen Städten gab es keine Auseinandersetzungen. In Stuttgart-Sindelfingen feierten dann am 22. März fast 8.000 Personen, in Gießen etwa 3.000 Personen.

Bilder: Oben: Newroz-Umzug in Hamburg am 20. März. Mitte: Fest in Gießen, 21. März. Unten: Stuttgart, 20. März.



HUNDERTTAUSENDE FEIERTEN

NEWROZ 1997



Kinkel empörte sich über diese Äußerung zu recht, ist es doch die Bundesregierung, die in den letzten Wochen und Monaten nichts unversucht ließ, die Blockierung dieser Finanzhilfe aufzuheben. Bundeskanzler Kohl hatte vor zwei Wochen auf einer Sitzung der Europäischen Volkspartei die Aufhebung der Finanzsperre gefordert und das Recht der Türkei bekräftigt, gleichberechtigt wie alle anderen Beitrittskandidaten, an den Aufnahmeverhandlungen zur Europäischen Union teilzunehmen. Kinkel versicherte laut *Han-delsblatt* (27. März) dem türkischen Nato-Partner: „Der türkische Zug bleibe auf dem Hauptgleis nach Europa. Allerdings könne die Türkei auf absehbare Zeit nicht Vollmitglied werden wegen der Menschenrechtsprobleme, der Kurdenfrage und des Verhältnisses zu Griechenland. Aber unterhalb der Mitgliedschaft werde alles getan, das Verhältnis zur Türkei zu intensivieren. Auch werde versucht, die auch von ihm bedauerte und von Ankara zu Recht kritisierte griechische Blockade des finanziellen Teils der Zollunion zu beenden.“

Bei seinem Türkei-besuch traf sich Kinkel auch mit der Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, Frau Keskin. Nach dem Treffen erklärte Kinkel, in der Türkei wird weiter in Polizeishaft gefoltert, Menschen verschwinden, 600 Prozesse wegen „Meinungsäußerungen“ wären derzeit in der Türkei anhängig. Kinkel ließ keine Silbe gegen den seit September letzten Jahres laufenden Prozeß gegen 41 führende Funktionäre der HADEP ver-lauten. Die HADEP, die für eine friedliche Lösung in Kurdistan eintritt, hatte bei den letzten Parlamentswahlen 1,2 Millionen gültige Stimmen erhalten. Seit Juni 1996 sind der achtköpfige Vorstand und weitere 20 Funktionäre inhaftiert.

Keine Sorge bereite Kinkel das Treffen mit der türkischen Außenministerin Ciller. Daß die türkische Regierung in Korruptionsaffären verwickelt ist, mit der Drogenmafia und faschistischen Killerbanden zusammenarbeitet, daß gegen Ciller Untersuchungen wegen Unterschlagungen von Millionenbeträgen in der Zeit ihrer Ministerpräsidentschaft laufen, wird den Lesern der *Politischen Berichte* bekannt sein.

Nachdem bekannt geworden war, daß sich in Baden-Baden im letzten Jahr ein türkischer Drogenhändler und Faschist, der Ehemann der Außenministerin Ciller, ein türkischer General sowie der Verleger der Zeitungen *Milliyet* und *Hürriyet* getroffen hatten, stellte die PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke eine Anfrage über „kriminelle Verstrickungen von türkischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern und deren Verbindungen in die Bundesrepublik Deutschland“. Die Bundesregierung antwortete darauf im März lakonisch, es lägen keine internationalen Haftbefehle gegen die Mafiosi und Faschisten vor.



Bild: Protest gegen die Islamisierungspolitik der Refah-Regierung

Die Spannungen in der Türkei wachsen

Kinkel in Ankara

Letzte Woche besuchte der deutsche Außenminister Kinkel die Türkei. Fast wäre er daheim geblieben, da der türkische Ministerpräsident Erbakan kurz zuvor ver-lauten ließ, daß der deutsche Außenminister und die EU den Kopf vor Scham senken müsse, da diese ihren Verpflichtungen aus dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Zollunion nicht nachgekommen wären. Erbakan meinte damit eine beschlossene Finanzhilfe von 375 Millionen ECU sowie weitere 750 Millionen ECU als Darlehen, die vom Europaparlament wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen der Türkei und der Fortführung des Krieges in Kurdistan sowie vom Europarat durch das Veto Griechenlands blockiert werden.

In der Türkei ist über diese Personen seit dem Autounfall von Susurluk im Dezember 1996, bei dem der türkische DYP-Abgeordnete (Ciller-Partei) Bucak und der Drogenhändler und MHPler Catli in einem mit Waffen vollgeladenen Auto saßen, eine Staatskrise ausgebrochen. Untersuchungsausschüsse wurden gebildet, der Innenminister mußte abdanken. Deutsche Richter beschuldigen die türkische Regierung mittlerweile der Deckung des Drogenhandels.

Seit Beginn der Affaire ist die türkische Regierung unter Druck. 20 Millionen Menschen beteiligten sich in der Türkei an Aktionen gegen Regierungskorruption und für Demokratie. Sie schalteten wochenlang jeden Abend fünf Minu-

ten das Licht aus und demonstrierten fast täglich. Im April sollen die Aktionen wieder aufgenommen werden. Es gründeten sich in den Stadtteilen der Großstädte Komitees aus unterschiedlichsten politischen Kräften.

Ein Zusammenschluß, der in dieser Bewegung arbeitet, ist das Bündnis „Eine Millionen Unterschriften für den Frieden“, das für die Beendigung des Krieges in Kurdistan eintritt. Zu dem Bündnis gehören unter anderem der türkische Menschenrechtsverein, die Kriegsdienstverweigerer, die Samstagsmütter, die Erdölarbeiter-, Lehrer- und Gesundheitsgewerkschaft, der Gewerkschaftsverband DISK, Anwaltskammern, die Parteien HADEP, ÖDP und die Grünen.

In Kurdistan hat das türkische Regime es nicht geschafft, die Befreiungsbewegung niederzuschlagen und – wie oft angekündigt – zu vernichten. So belasten die Kriegskosten weiter den Staatshaushalt und reißen immer tiefere Löcher. Die Staatsverschuldung im Ausland beträgt weit über 70 Milliarden Dollar, im Inland erreicht sie langsam sogar die Höhe von 100 Milliarden Dollar. Die Inflation konnte trotz Abwertung der Türkischen Lira nicht gestoppt werden und liegt zwischen 80 und 100 Prozent. Lohnerhöhungen gab es nur in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes, in den Industriezweigen wurden teilweise die Löhne sogar gesenkt. Die staatliche festgesetzten Preise für Grundnahrungsmittel, Benzin und Tabakwaren sind in den letzten zwei Jahren bis zu 150 Prozent gestiegen, ebenso Steuern und Abgaben. Die staatlichen Kranken- und Sozialversicherungen im öffentlichen Dienst haben ihre Leistungen erheblich gekürzt und sollen auf Verlangen des IWF privatisiert werden.

Langsam macht sich unter den Lohnabhängigen und Bauern Enttäuschung über die islamische REFAH-Partei von Ministerpräsident Erbakan breit. Erbakan hatte die Parlamentswahlen im letzten Jahr gewonnen mit dem Ruf nach einer neuen Ordnung, gegen Korruption und für Verbesserung der sozialen Lage aller Verschitten und Klassen. Seine demagogische Parole lautete „alle Moslems sind Brüder“. Er hetzte gegen die EU und gegen Israel und propagierte eine Hinwendung zu den „islamischen Bruderstaaten“. Als erstes piffen ihn die Militärs zurück. Dann unterzeichnete Erbakan Militärverträge mit Israel.

Im Südosten der Türkei, in Kurdistan, tobt weiter der Vernichtungskrieg der türkischen Armee gegen die kurdischen Bewohner von Dörfern und Städten. In ihrem Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung hat sich die türkische Armee aber festgefahren und ist nicht in der Lage, Vernichtungsschläge zu führen. Vielmehr muß sie der Gründung kurdischer Verwaltungsstrukturen im Gebiet Botan zusehen. rub

Zuerst Verbannung und jetzt Aussöhnung?

Die Handlungsweise der islamischen Republik Iran gegenüber dem Ausland hat sich seit der Unterzeichnung der Resolution 598 der Vereinten Nationen zur Beendigung des Krieges mit dem Irak verändert. Am 27. Tiramah 1367 (18. Juli 1989) haben die Presseagenturen der Welt bekanntgegeben, daß Ajatollah Chamehnei in einem Telegramm an den damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen Perez de Cuellar darlegte, der Iran akzeptiere die Resolution 598 der UNO und sehe von einer Fortsetzung der Kriegspolitik (Eroberung von Karbala) ab und höre auf, einen Umsturz gegen Saddam Hussein zu planen.

Daß diese erstaunliche Nachricht und die Drehung der iranischen Außenpolitik um 180 Grad zutrafen, wurde dadurch bestätigt, daß Ajatollah Chomeini zur selben Zeit sagte:

„...und nun zur Zustimmung zu der Resolution, was wahrlich ein sehr bitteres und unangenehmes Thema für alle und besonders für mich gewesen ist ... Es gab Ereignisse und Faktoren, über die ich einstweilen nichts erwähnen möchte ... Ich habe die Resolution und den Waffenstillstand akzeptiert ... Weh meiner Lage, daß ich noch lebe und den giftigen Becher der Zustimmung zur Resolution trank“ (Resalat, 9 Mordad 1367 [31. Juli 1989])

Der Iran konnte Karbala („heilige“ Stadt im Irak) nicht einnehmen, um dort die islamische Fahne zu hissen und den Irak zu einem Sprungbrett für den Export der „islamischen Revolution“ und zur „Verbreitung des reinen mohammedanischen Islam“ in der gesamten Region zu machen. Diese Ziele sind nach Auffassung der iranischen Regierung nicht in einem begrenzten Land zu erreichen. Durch das Ergebnis des Krieges war man nun gezwungen, nicht nur die großen Schritte zum Export der islamischen Revolution (Eroberung Karbalas usw.) aufzugeben, sondern mußte auch die Strenge in der Anwendung des religiösen Gesetzes mildern.

Statt „Kampf bis ans Ende des internationalen Hochmuts“ jetzt Schmeichelei

Die Zustimmung der islamischen Regierung zur UNO-Resolution 598 und das Ende des Krieges bedeutete gleichzeitig, offiziell Abstand zu nehmen von der Parole „Kampf bis ans Ende des internationalen Hochmuts“ (diese Parole war der Schlachtruf der islamischen Führer gegen sämtliche ausländischen Großmächte.)

Nun begann die Schmeichelei gegenüber den USA und die offizielle Anerkennung von Organisationen der Vereinten Nationen. Außerdem stimmte das Regime der Rolle der Großmächte zur Lö-

sung und Regelung von regionalen Problemen und Konflikten zu. Das bedeutete das Ende der „Zeit der Hartnäckigkeit“ der islamischen Republik gegen den „internationalen Unglauben und Gottlosigkeit“ und den offiziellen Beginn der Zeit der Verträglichkeit und der Zustimmung, der offiziellen Anerkennung der Regeln und Gesetze für die internationalen Beziehungen.

Dies geschah mit der Absicht, aus der Isolation herauszukommen und die Beziehungen zu den Regierungen anderer Länder durch die Unterzeichnung großer Handelsverträge zu verbessern. Um den Eintritt in die internationale Staatengemeinschaft zu erreichen und ihre Vorzüge nutzen zu können, mußten sie einen anderen Gesichtsausdruck annehmen und zeigen, daß sie eine akzeptable und trotz ihres Festhaltens an der islamischen Identität eine nach internationalen Kriterien legitimierte Regierung seien.

Kaum Lockerungen im Innern

Man hat eine sehr eingeschränkte Erlaubnis zur Veröffentlichung an einige andersdenkende Schriftsteller und unabhängige Zeitungen erteilt, wie z.B. *Aine, Iran-e-Farda, Sanan, Kian, Gardun*. „Legal bedingte“ Musik und bestimmte künstlerische Schöpfungen wurden zugelassen und die Strenge des Reglements im Alltagsleben etwas zurückgenommen; z.B. durften Männer im Sommer bei Hitze die Ärmel hochkrempeln. Dies alles sollte einerseits die Explosion der Wut bei der Bevölkerung verhindern, denn mit der Beendigung des Krieges fiel für die Regierung das Argument des Kriegszustandes zur Verhinderung jedes Protestes weg. Andererseits wollte die Regierung das Vertrauen mancher Intellektueller und Schriftsteller erwecken, daß man doch in einem sehr kleinen Rahmen schon unabhängig schreiben kann – aber auch mit die Ziel, sie zu locken.

Diese begrenzte Öffnung und ein freierer Atem geschah nach dem Gemetzel Tausender politischer Gefangener. Nach dem Waffenstillstand nutzte offensichtlich Ajatollah Chomeini die günstige Gelegenheit, um den Befehl zum Gemetzel an den politischen Gefangenen zu geben. Ein Befehl, der niemals veröffentlicht wurde, und außer Ajatollah Montazeri sprach niemand von der Regierung darüber. Er hielt die Ermordung der politischen Gefangenen für den Islam, die Revolution, das Land und das Ansehen des walajat fagih (den rechtmäßigen Nachfolger des Imam) nicht für ratsam und gegen die religiösen Gesetze und die Verantwortung. In jenem Mordad 1367 (Juli 1989) schrieb er drei private Briefe an Imam Chomeini, die bald veröffentlicht wurden (alle drei Briefe sind abgedruckt

in *tschachm-andaz*, Nr. 7, Sommer 1990, einer Vierteljahreszeitschrift von iranischen Schriftstellern).

„...Bezugnehmend auf den Befehl Seiner Exzellenz zur Hinrichtung von in den Gefängnissen sitzenden Heuchlern:

Bevölkerung und Gesellschaft akzeptieren die Hinrichtung der bei den jüngsten Ereignissen Verhafteten und haben sichtlich keinen schlechten Eindruck. Aber die Hinrichtungen von seit langem in den Gefängnissen Inhaftierten wird unter den heutigen Bedingungen erstens als rachsüchtig angesehen und zweitens ...“ (Brief von Ajatollah Montazeri an Ajatollah Chomeini, 9 Mordad 1367, 31. Juli 1989)

Durch den Druck und die Besuche von Angehörigen war bekannt, was mit den Gefangenen los war. Die Opfer waren alles Fälle, bei denen die Akten mit Verurteilungen abgeschlossen waren, die längst gerichtlich untersucht und verurteilt waren und deren Haftzeit entweder ganz oder fast abgelaufen war. Diesen Punkt erwähnt Ajatollah Montazeri als Verstoß gegen das religiöse Gesetz in einem Brief an Richter Najeri:

„Denn ihre Hinrichtung (der politischen Gefangenen) ohne neue politische Aktivitäten setzt für alle Richter und in der Vergangenheit gefällten Urteile ein Fragezeichen. Einer, der nicht zur Hinrichtung verurteilt wurde, mit welchem Maß wird er hingerichtet ... (Brief von Ajatollah Montazeri an Najeri, 9 Mordad 1367, 31. Juli 1989)

Auf Befehl Chomeinis: Gemetzel an den politischen Gefangenen

Nach den Massenermordungen hat die islamische Führung erklärt, daß mit der Ausschaltung der Gefahr „innerer Revolutionsgegner“, von „Auslandsfeinden“, der „Notstandslage“, die strenge Zeit beendet sei und die Aufbauphase begonnen habe. Allerdings haben drei Millionen Iraner, die aus ihrer Heimat geflohen waren, ihre Propaganda und ihre Pläne gestört. Deshalb hat ein vorausschauender Teil der Regierung erkannt, daß sie die als Emigranten und als politische Flüchtlinge im Exil lebende iranische Bevölkerung in ihrer politischen Wirksamkeit neutralisieren und besonders bekannte politische Persönlichkeiten wirkungslos machen muß. Daher stand eine verdeckte und komplizierte Politik auf der Tagesordnung. Bevorzugt beschäftigte man sich mit Iranern im Ausland, die in Hoffnungslosigkeit und Enttäuschungen verwickelt waren oder auch nur verwirrt und den Kopf verloren hatten.

Gleichzeitig wurden mehrere Personen, die sich für Freiheit im Iran eingesetzt hatten, in wildester Form umgebracht (der Mykonos-Prozess hat hier ei-

nige Tatsachen ans Licht gebracht). Einige, die zur Aussöhnung und einem Übereinkommen mit der Regierung bereit waren, wurden in eine kalkulierte politisches Spiel gezogen. Auf der einen Seite steht hier *Kajhan Havai* (staatliche Zeitung für Iraner im Ausland) und die freie „Tribune“ (ein anderes Regierungsblatt im Ausland) und auf der anderen Seite die Gewährung freier Einreise und die Teilnahme an Konferenzen und Seminaren offizieller iranischer Veranstalter. So wurden einige bekannte Oppositionelle enteignet und haben ihre Anerkennung und ihren Einfluß verloren. Dadurch hat das Regime den Standpunkt des unversöhnlichen Widerstands geschwächt und schwankend gemacht. Sie versuchte, die Sensibilität gegenüber dem Regime empfindungslos zu machen und den Kreis des Boykotts zu durchbrechen. Danach rief die Regierung die Iraner im Ausland zur Rückkehr auf. Dies geschah mit einer veränderten Sprache, die nicht mehr den Stempel der Vergangenheit trug. Für die Taktik der Aufweichung des Widerstands im Ausland machte die Regierung Radio, Fernsehen und Zeitungen mobil, wie z.B. in den USA das Fernsehnetz AFTAB und die Zeitungen *Iran Chabar*; in Europa die Zeitungen *Ettela'at* und *Kaihan* und das Fernsehnetz „NUR“ (d.h. Licht) und NUR-e-AFTAB in Kanada.

Mit Spionage und Spaltung gegen die iranische Emigration

Um in die iranische Emigranten- und Flüchtlingsgemeinschaft einzudringen und ihr Spionagenetz einzurichten, haben sie Kulturvereine, Lehrinstitutionen und Buchhandlungen errichtet. Darüber hinaus tauchten ihre Vertreter in Universitätsseminaren auf, die nichts mit der iranischen Regierung zu tun hatten. Um ihre Beziehungen zu Intellektuellen aufzubauen und zu verbreitern, beförderten sie ihre Redner zu Universitätskonferenzen, Irankunde-Symposien in Europa und Nordamerika und ließen sie mit Oppositionellen an einem Tisch sitzen und auch natürlich unter der Maske Gutachter iranische Oppositionelle nachspionieren und schaden.

Um sich an die iranische Bevölkerung im Ausland anzunähern, organisierten iranische Botschaften Feste und Einladungen. Dies nicht nur mit der Absicht, die Stimme der iranischen Exilbevölkerung zu dämpfen, sie zu zähmen und zu beruhigen, sondern auch mit dem Ziel, die Gemeinschaft der Emigranten und Verbannten identitäts- und gesichtslos zu machen und die Logik ihrer Existenz im Exil in Frage zu stellen.

Man versucht auch, die Grenze zu verwischen zwischen denjenigen, die aus dem Gegensatz zur politischen Herrschaft im Iran ins Ausland geflohen waren, und denjenigen, die aus anderen Gründen wie medizinischer Versorgung, Studium, Handel, Erholung und Reise ins Ausland gingen und versuchte, letztere

unter den Schutz der iranischen Regierung zu ziehen. Mit all diesen Manövern versucht der iranische Staat, einerseits die politische Flucht als sinnlos erscheinen zu lassen, andererseits das Zufluchtsrecht der Iraner im Westen auszuhöhlen, indem überall verbreitet wird, es existiere Freiheit im Iran!

Abbas Maarufi, Chefredakteur der Zeitschrift *Gardun*, schreibt: „Der Angriff gegen die Redaktionen unabhängiger Kulturpublikationen begann 1991 mit den Attacken auf *Gardun*, eine von mir herausgegebene Kulturzeitschrift, und andere unabhängige Zeitschriften. Sie sprengten deren Büros in die Luft und verwüsteten sie. Diese Phase dauerte bis März 1995. Dann versuchten die fünf Zeitschriften *Aine*, *Iran-e-Karda*, *Sanan*, *Kian*, *Gardun* sich gemeinsam zu wehren und erklärten unter anderem: Die Kontrollkommission für die Presse ist kein unabhängiges Gericht, sondern eine Abteilung der Zensurbehörden im Ministerium für islamische Führung, das für die Überwachung der Presse zuständig ist. Im Jahr 1995 erklärte die Kommission, wir haben vor, 100 Zeitschriften, die gegen die Grundsätze des Islams gerichtet sind, die Lizenz zu entziehen.

Sichtbar ist, daß die islamische Regierung nicht mehr lange diese Zeitschriften und Schriftsteller im Iran dulden wollte. Der bekannte iranische Schriftsteller Saiedi Sirjani wird verhaftet und später, als seine Angehörigen seine Leiche vom Gefängnis bekommen, sah man, daß er schon ganz stark gefoltert wurde. Sarkuhi, der Chefredakteur der Zeitschrift *Adine* wird als Geisel genommen; Abbas Maarufi emigriert, Parvin Ardelean, Journalistin bei *Adine*, ist verschwunden ...

Das fünfte iranisch-islamische Strafgesetzbuch mit den unmenschlichen Paragraphen 498–500, das am 9.7.1996 eingeführt wurde, änderte im allgemeinen nur die Form, aber nicht den Inhalt der Unterdrückung gegen die iranische Bevölkerung.

Der § 498 lautet: Jeder, der eine irgendwie geartete Gruppe, einen Verein oder eine Untergruppe mit mehr als zwei Personen im Inland oder im Ausland bildet oder führt, die die Beeinträchtigung der Sicherheit des Landes zum Ziel hat, wird mit Freiheitsstrafe von zwei Jahren bis zu zehn Jahren bestraft, sofern er nicht als Gotteslästerer gilt.

Für Gotteslästerer sind folgende Strafen nach §§190 des islamisch-iranischen Strafgesetzbuches festgelegt:

1. Todesstrafe (außer durch Erhängen);
2. Erhängen; 3. Abhacken zuerst der rechten Hand und dann des linken Beines; 4. Verbannung.

Die islamische Regierung versucht nach außen ein demokratisches Gesicht aufzubauen, das steht im Widerspruch zu ihren eigenen Taten. *Adeli Reza*

Alle Angaben aus *Arash* (monatliche Zeitschrift von iranischen Schriftstellern im Exil).

Arafats PNA ist in Erklärungsnot

Doppelspiel der PLO?

Die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen hat sich nur geringfügig geändert; die Strategie der harten Hand wird fortgesetzt. Auch die Regierung Netanyahu genießt die Unterstützung der USA durch deren Veto im UN-Sicherheitsrat, hinter dem sich auch die EU-Staaten verstecken.

Demgegenüber ist die PNA (palästinensische Nationalbehörde) in Erklärungsnot; wie soll und kann sie der Bevölkerung, die sie zu vertreten vorgibt, länger erklären, daß es kaum Fortschritte in den Autonomieverhandlungen gegeben hat; daß ihr hinsichtlich der (früheren) Intifada und bewaffneten Aktionen heute keine derartigen Mittel mehr zur Verfügung stellen, die die israelische Seite in Bedrängnis bringen könnten?

Derzeit muß und will sie sich daher auf ein übles Doppelspiel verlassen. Offiziell hat die Fatah zu einer neuen Revolte aufgerufen, um die Proteste und den Unmut der Bevölkerung kanalisieren zu können. Dieser Appell ist von den Jugendlichen sofort umgesetzt worden, die Wut muß sich entladen können. Strategisch und politisch gesehen hat die PLO-Führung aber keine weiteren Mittel überlegt, da die Einbindung Arafats und seiner Autonomiebehörde in den Verhandlungsapparat schon weit fortgeschritten ist.

Tatsächlich hat sich die PNA und die mit ihr verbundenen Sicherheitsapparate, getragen von den Finanzierungen aus westlichen Ländern, weitgehend mit dem israelischen Geheimdienst arrangiert, er ist seit einem Abkommen von 1993 von Shinbet- und CIA-Kräften durchgesetzt. Auch die derzeitige Siedlungspolitik in Har Homa wurde in der israelischen Regierung beschlossen, mit der Arafat das Oslo II-Abkommen getroffen hat.

Konkrete Auswirkungen der Zusammenarbeit drücken sich z.B. so aus: als die israelische Armee kürzlich darauf hinwies, daß den steinernden Jugendlichen in Hebron entgegengetreten werden muß, andernfalls werde die Armee erneut intervenieren, machte sich der Chef der palästinensischen Sicherheitsbehörde, Jibril Rajoub, daran, den Protest zum Stillstand zu bringen. Der britische *Guardian* wies in einem Artikel vom 22.1.97 auf diese enge Zusammenarbeit hin. Damals war auch berichtet worden, daß der CIA im Gazastreifen operiere.

Derzeit dürfte eine entscheidende Frage sein, wieweit Arafat die Proteste unter Kontrolle behalten kann oder ob oppositionelle Kreise daraus Nutzen ziehen können. Die Glaubwürdigkeit Arafats gegenüber seiner Bevölkerung steht auf dem Spiel. *mc*

Bulgarien: Rasante Zunahme der Armut

Über 73% der Bulgaren leben nach neuesten statistischen Angaben unter der Grenze des sozialen Minimums. Allein für die Verpflegung einer vierköpfigen Familie sind 360.000 Lewa nötig, der durchschnittliche Arbeitslohn erreicht aber kaum 27.000 Lewa. Mit der Ausbreitung der Armut breitet sich auch die Tuberkulose wieder aus. In den Städten Lowetsch und Targowischte gibt es schon 54 bzw. 70 Tuberkulosefälle. Eine Überprüfung des Instituts für Hygiene und Epidemiologie in 13 Kindergärten von Weliko Tarnowo ergab jetzt, daß die Kinder seit zwei Monaten weder Butter noch Käse, Fisch oder Geflügel gegessen hatten, daß sie nur an drei Tagen im Monat Milch bekommen und daß ihre Hauptnahrung aus Bohnen, Linsen, Makkaroni und Brot besteht. Der Internationale Währungsfond (IWF) hat für solche Fälle schon die Lösung parat. Bulgarien soll in einem Jahr rund 650 Mio. US-Dollar Kredit bekommen. Dafür verlangt er aber, daß zum 1.4.97 die Preise freigegeben werden. Weitere Armut wird die Folge sein.

Albanien: UNO-Sicherheitsrat für Militäreinsatz

Italien und Griechenland haben sich nun mit ihrer Position durchgesetzt, Truppen nach Albanien zu schicken. Vordergrundig geht es um humanitäre Hilfe. Die Wahrheit sieht wohl etwas anders aus.

In Wirklichkeit geht es um die Verteidigung der Interessen beider Länder. Am vergangenen Montag ist die Sparkasse Tat in Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens, infolge ihrer Vernetzung mit den Pyramidengesellschaften in Albanien in Konkurs gegangen. Schon vorher mußten die albanischen Vertretungen der griechischen Sparkassen und der italienischen Großbank Banco di Roma wegen ihrer „Investitionen“ im Gesamtumfang von umgerechnet 2 Milliarden DM in Albanien schließen.

Am Geschäft der Pyramidengesellschaften waren sowohl Italiener als auch Griechen beteiligt sowie Financiers und Banken aus dem ganzen Westen. Sie wollen das Geld nicht zurückbezahlen, das sie



Frankreich: Proteste gegen Front National-Parteitag

Am 29. März fand in Strasbourg die bisher größte Demonstration seit der Befreiung vom Hitler-Faschismus statt. 60.000 Menschen demonstrierten gegen den Parteitag der Front National. Unübersehbar die Aufforderungen: „Nein zum Faschismus! Nein zum Rassismus!“ Aus allen Regionen Frankreichs und aus nahezu allen politischen Richtungen des Widerstands, der linken Opposition kamen die Teilnehmer. Insbesondere im Alsace, wo Le Pen bei den letzten Wahlen 25% und mehr der Stimmen erhielt, hatte die Mobilisierung für die Demonstration bis in kleine Orte eindrucksvolle Ergebnisse. Auch aus den vier Städten im Süden Frankreichs, in denen die FN die Stadtverwaltungen hält, nahmen größere Delegationen an der Manifestation teil. Unterstützung kam auch aus der BRD. Aus mehreren Städten Baden-Württembergs mobilisierten Antifa-Gruppen zu der Demonstration in Strasbourg. map

dadurch verdient haben. Die Gesellschaften in Albanien sind geschlossen, und niemand soll wissen, wohin das Geld geflossen ist. Eine militärische Aktion Italiens und Griechenlands hätte insofern zum Ziel, Berisha als Marionette an der Macht zu halten und über „humanitäre Hilfe“ die albanische Krise ohne weitere Aufregung und Aufklärung langsam versanden zu lassen. Nach Ansicht der linken Presse Italiens geht es um „neokolonialistische Ziele“ der italienischen Wirtschaft.

Zaire vor dem Ende Mobutus

Nachdem die zairischen Rebellenbewegung ADFL unter Laurent Kabila vor kurzer Zeit die strategische Stadt Kisanjani einnehmen konnte, wobei Mobutus Soldaten fast ohne Widerstand das Feld räumten, die französische Armee noch schnell ein paar „Berater“ und sonstige Kolonialvertreter ausflog, wendet sich in der

westlichen Welt die Orientierung. Die USA erkannten, daß die Kräfte um Kabila stärker waren, als von ihnen bislang angenommen, und positionierten sich neu. Die rohstoffreichen Provinzen locken – und mit Mobutu und seiner Klientel, so die „Einsicht“ in Washington, war auf Dauer kein Profit mehr zu machen. Kupfer, Kobalt, Zink, Kadmium und Gold könnten in kurzer Zeit bereits vollständig unter Kontrolle der ADFL geraten. Und diese haben bereits vorgeschlagen, daß die Besitzverhältnisse in den Minen neu geordnet werden müssen, damit auch Einheimische Anteile daran erwerben könnten.

Schwieriger wird es, geeignete Führungspersönlichkeiten dafür zu finden, da Kabila schon angedeutet hat, mit Mobutu kollaborierende Kräfte nicht anerkennen zu wollen. Eine weitere Frage wird hinsichtlich des Reichtums gestellt werden müssen, den der Mobutu-Clan ins Ausland geschafft hat. Allein in der

Schweiz werden 4 Mia. Franken vermutet. Kabila hatte die Rückgabe verlangt, eine Forderung, die Schweizer Banken erst einmal egal sein wird. *mc*

El Salvador: Wahlsiege für Guerillabewegung

Die ehemalige Guerillabewegung „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti“ (FMLN) hat bei den Parlamentswahlen vom 16. März in El Salvador 27 der 84 Sitze im Abgeordnetenhaus errungen. Die FMLN wurde damit zur zweitstärksten politischen Kraft. Bisher verfügte sie über 14 Abgeordnete. Bei den Wahlen 1994 hatte sie durch eine Wahlkoalition mit der „Demokratischen Konvergenz“ zwar ursprünglich 21 Mandate erhalten, doch das Bündnis mit der links-christlichen Konvergenz war bald zerbrochen. Die regierende, konservative „Republikanisch-Nationalistische Allianz“ (ARENA) von Präsident Armando Calderon Sol erreichte zwar einen Sitz mehr als die FMLN, verlor damit jedoch elf ihrer bisherigen Parlamentsmandate.

Zwar war Präsident Calderon Sol schon bisher darauf angewiesen, sich im Parlament Bündnispartner für seine Politik zu suchen, doch künftig wird er mehr als bislang den Konsens mit der FMLN anstreben müssen, da er ohne sie nur schwer in der Lage sein wird, eine in wichtigen Fragen notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Drittstärkste Partei wurde die rechte „Partei der Nationalen Versöhnung“ mit elf Sitzen. Die Christdemokraten werden sieben Abgeordnete stellen, die Christsozialen drei. Die „Demokratische Konvergenz“ erreichte zwei Sitze, die „Demokratische Partei“ des einstigen FMLN-Kommandanten Villalobos lediglich einen.

Auch bei den Kommunalwahlen mußte ARENA Verluste hinnehmen. Von den 262 Bürgermeisterposten wird ARENA künftig 161 besetzen gegenüber bislang 211. Die FMLN wird in 48 Gemeinden den Bürgermeister stellen, darunter auch in der Hauptstadt San Salvador. Die FMLN hatte sich 1992 nach zwölf Jahren Bürgerkrieg im Rahmen eines Friedensprozesses als Partei konstituiert.

Zusammenstellung: hav

Demo gegen Schulpolitik

RHAUDERFEHN. Am 18.3. fand in Rhaderfehn (Landkreis Leer) eine Demonstration gegen den Lehrermangel in den Schulen von Rhaderfehn, Ostrhaderfehn sowie Moor-merland statt. Etwa 1500 SchülerInnen und Eltern besetzten nach einem Sternmarsch den „Kreisel“ in Westrhaderfehn, einen Verkehrsknotenpunkt. Auf der Kundgebung erklärte ein Mitglied des Gemeindefraterrates „Wo sind wir nur hingekommen? Die Chancen unserer Kinder werden mit Füßen getreten. Wer das Land von der Stadt abkoppelt, braucht sich nicht wundern wenn hier nur Unkraut wächst. Deshalb laßt es nicht bei Feuerwehrlehrkräften bewenden.“ Aus CL-Netz

Gezielter Bummeleinkauf von erbosten Bauern

KAUFBEUREN. Mehrere hundert Landwirte haben am 27. März durch einen gezielten „Bummeleinkauf“ das Geschäft in drei Lebensmittelmärkten in Kaufbeuren und Dirlwang (Unterallgäu) sowie in Paffenhäusen weitgehend lahmgelegt. Sie schlenderten mehrere Stunden lang durch die Märkte, suchten sich lediglich Kleinkram aus und stellten sich an der Kasse an. Dort kam es zu langen Warteschlangen, zumal alle mit großen Geldscheinen bezahlten. Der Kaufbeurer „Mindelmarkt“ als Ziel der Aktion hatte kürzlich den Liter Milch für 66 Pfennig angeboten. Die Landwirte rechneten vor, daß der Produktionspreis aber 85 Pfennig beträgt und sie klagten die Kette an, keine Milch aus dem Umkreis anzubieten. Filialleiter Wiedemann gab zu, daß es sich bei den 66 Pfennig um ein Lockangebot handelt. Doch die Bauern setzten ihren Protest auch fort, als er ankündigte, den Preis auf 99 Pfennig heraufzusetzen. Der Sprecher der Markt-Zentrale drohte mit Stellenabbau, wenn Werbung nicht mehr möglich sei. *baf*

Kritik an MOX-Plänen von Siemens in Rußland

BERLIN. Die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) und der „Koordinationskreis Siemens-Boykott“ protestieren heftig



HANNOVER. Am 22.3. haben zehn Gruppen im Rahmen der europaweiten Aktionswoche gegen Abschiebungen von Flüchtlingen aufgerufen (Bild). In den Redebeiträgen wurde die Situation für Flüchtlinge in Niedersachsen beschrieben. Abschiebungen von Menschen in Krisenregionen sind alltägliche Praxis. Seit der Aufhebung des Abschiebestopps für Kurden in die Türkei 1995 sind über 300 Menschen allein aus Niedersachsen dorthin abgeschoben worden. *bee*

gegen die Pläne von Siemens, Anlagenteile der Hanauer MOX-Fabrik nach Rußland zu verlagern, um dort hochgefährliche Brennelemente aus Waffenplutonium herzustellen. Kampagnensprecher Henrik Paulitz: „Wenn sich Rußland vertraglich zur Abnahme der plutoniumhaltigen Brennelemente verpflichtet, dann ist das Land gezwungen, seine Atomkraftwerke auf lange Sicht weiterzubetreiben. Siemens sichert so den russischen Atomkraftwerksbetrieb langfristig ab.“ *Koordinationskreis SIEMENS Boykott, Friedrichstraße 165, D-10117 Berlin*

FDJ-Erinnerungstreffen fordert Aufhebung des Verbots

FRANKFURT. Aus Anlaß des 50. Gründungstages der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) in Hessen fand auf Einladung eines Initiativkreises am 23. März ein mit über 200 Teilnehmern gut besuchtes „Erinnerungstreffen“ statt. In den Kurzreferaten und der Diskussion wurde die Gründung der FDJ als politisch breit angelegte antifaschistische Jugendorganisation in den 30er Jahren im Exil, die Politik für ein einheitliches, demokratisches Deutschland und gegen die Remilitarisierung behandelt, die den Ausschlag gab für das Verbot durch die Adenauer-Regierung. Es wurde an die massive politische Repression im Zusammenhang des Verbots erinnert: ca. 6000 verhaftete Ju-

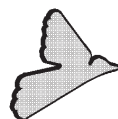
gendliche, ca. 35.000 Ermittlungsverfahren und über 400 Strafprozesse, die oft mehrjährige Haftstrafen begründeten. Die Initiatoren des „Erinnerungstreffens“ hatten eine Unterschriftensammlung für einen „Appell an die Bundesregierung“ vorbereitet, in dem diese aufgefordert wird, die Opfer des FDJ-Verbots zu rehabilitieren und das Verbot politisch zu annullieren. Der „Appell“ lehnt sich an einen entsprechenden Antrag der PDS-Bundestagsfraktion an. Der Text sowie eine Mappe mit Rezensionen und Diskussionsbeiträgen ist erhältlich über *Günter Arndt, Heimatring 1, 60596 Frankfurt.* *ola*

Nazis wollen am 1. Mai durch Leipzig marschieren

LEIPZIG. Für den 1. Mai plant die JN/NPD einen bundesweiten Faschistenaufmarsch in Leipzig. Gleichzeitig wurde zwar auch für Berlin eine Demonstration angekündigt, das „bündnis gegen rechts“ in Leipzig geht aber davon aus, daß zunächst die Vorbereitungen für Leipzig laufen. Aus diesem Grund wurden in Leipzig über 80 Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen angeschrieben und aufgefordert, einen Aufruf gegen den Aufmarsch zu unterschreiben und sich an den Vorbereitungstreffen zu beteiligen. Die Resonanz war gut und so ist geplant, eine gemeinsame antifaschistische Demonstration zu organisieren.

Aus CL-Netz

Ostermarsch 1996



FRANKFURT. An den Osteraktionen 1997 der Friedensbewegung in über 50 Städten und Gemeinden traten die Friedensinitiativen für drastische Abrüstung und die Verwendung der für die Rüstung vorgesehenen Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen ein. Besonders in der Kritik stand der geplante Eurofighter 2000. „Rüstungsexport verbieten“ war die Forderung der Demonstranten. An den diesjährigen Ostermärschen nahmen auch Mitglieder der französischen Friedensbewegung teil. Sie protestierten damit gegen daß am 9. Dezember 1996 in Nürnberg unterzeichnete deutsch-französische Militärabkommen zur atomaren Zusammenarbeit, dessen Bedeutung für die Osterweiterung der NATO in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder unterschätzt wird. Das sei „kalter Krieg“ sagte ein Vertreter in Nörvenich beim Ostermarsch Rheinland. Der Ostermarsch Rheinland, wandte sich in einer Grußadresse an die Demonstranten in Strasbourg, die gegen den Parteitag von Le Pen demonstrierten.



5000 Demonstranten beteiligten sich im baden-württembergischen Calw. Der Stuttgarter DGB-Vorsitzende Pommerenke forderte die Reduzierung der Rüstungsausgaben statt Sozialabbau. Tobias Pflüger kritisierte die neue Militärstrategie der Bundesregierung.

400 Teilnehmer nahmen am abschließenden Friedensfest des dreitägigen Ostermarsches Ruhr, in Dortmund teil. Die Veranstaltung war vor allem aus gewerkschaftlichen Kreisen bestimmt. Auf der Kundgebung sprach u.a. ein Jugendvertreter von Krupp-Hoesch. „Die lokalen und regionalen Initiatoren äußerten sich positiv“ erklärten die Vertreter der Informationsstelle Ostermarsch '97.

nach Berichten von Teilnehmern und der Informationsstelle Ostermarsch 97

jöd

Stadtrat lehnt Wirtschaftlichkeitsgutachten ab, aber Privatisierung droht weiterhin

Schweinfurt. In ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze wurde den Beschäftigten der Leo-Wäscherei und ihren inzwischen zahlreichen Unterstützern und Sympathisanten von einer knappen Mehrheit im Schweinfurter Stadtrat eine unerwartete Niederlage beigebracht.

Die entscheidende Stadtratssitzung, in der darüber beschlossen werden sollte, ob für rund 80.000 DM ein Gutachten in Auftrag gegeben wird, das die Leistungen, die in der Wäscherei des Leopoldina-Krankenhauses erbracht werden, erfaßt und diese auf ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüft, fand am 18. März statt. Im Vorfeld hatten Beschäftigte dieser Abteilung, unterstützt von Personalrat und ÖTV, bereits mehrere Aktionen gegen die drohende Privatisierung durchgeführt. Vor der Stadtratssitzung selbst wurden die Stadträte am Eingang zum Sitzungssaal im Rathaus von der geschlossen angetretenen Abteilung, weiteren Beschäftigten des Krankenhauses, streikenden Zivilbeschäftigten der US-Army und einer Delegation der IG Metall, die sich solidarisch erklärte, mit Transparenten und Trillerpfeifen empfangen. Die Zuschauer-

tribüne des Sitzungssaales war überfüllt, als gleich zu Beginn der entscheidende Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde.

Nach einer langwierigen Debatte, in der die bereits im Vorfeld ausgetauschten Argumente wiederholt wurden, setzte die SPD-Fraktion ihren Antrag durch: Er beinhaltete, kein Gutachten in die Wege zu leiten. Ihr ging es dabei, ebenso wie den Stadträten von Bündnis 90/die Grünen, um den Erhalt von Arbeitsplätzen in einer wirtschaftlich arbeitenden Abteilung und um den Erhalt kommunaler Kompetenz über städtische Betriebe.

Aus den Redebeiträgen von CSU-Mitgliedern hingegen klang durch, daß mit der Fremdvergabe der Wäscherei ein erster Schritt in Richtung Überführung des Krankenhauses in eine GmbH gemacht werden soll. Die Vertreter von FBU und REPs argumentierten für ihre ablehnende Haltung unter dem Motto: keine Verschwendung von Steuergeldern.

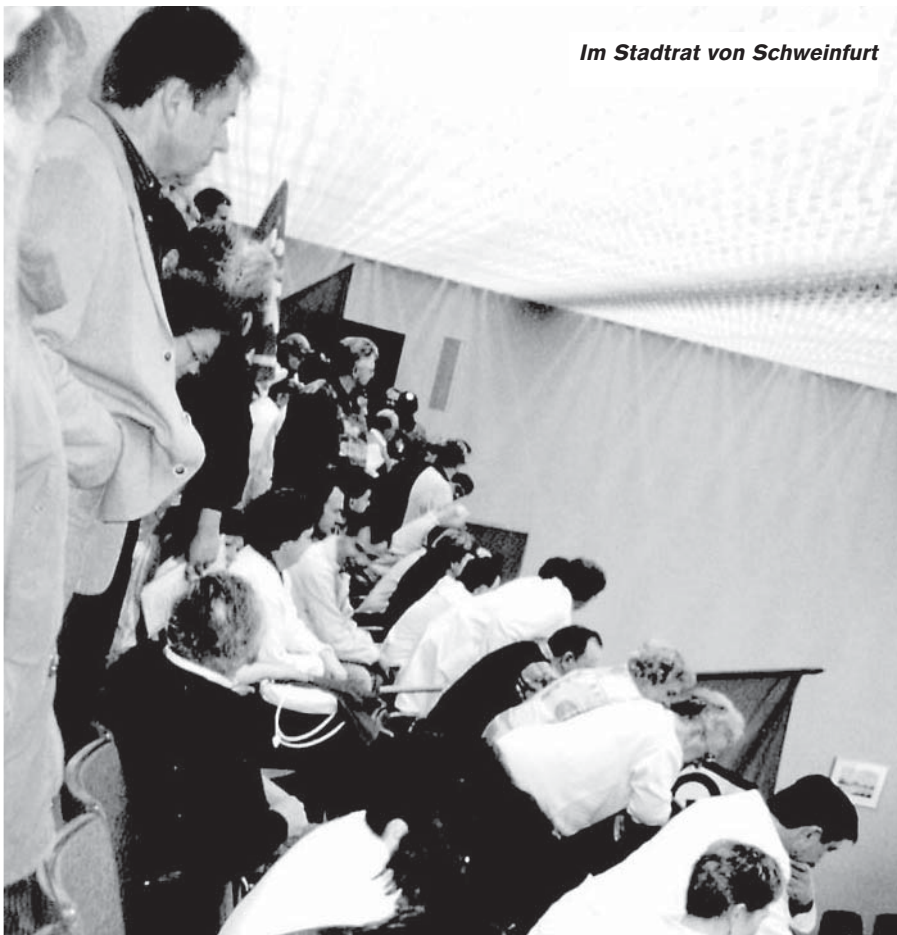
Wenig beachtet blieb anfangs der weitergehende Antrag von Georg Wiederer (FDP-Freie Wähler), der nach der Ablehnung des Gutachtens mit knapper Mehrheit angenommen wurde: Die Leistungen

der Wäscherei werden erfaßt und ausgeschrieben und privaten Anbietern zugänglich gemacht.

Für die CSU paßte dieser Antrag (geschickt lanciert?) ins Konzept und ermöglicht es unter Umständen, ihrem Ziel schneller näher zu kommen. Zwar muß der Modus dieser Ausschreibung noch geklärt werden, mit ihrer Mehrheit im Krankenhausausschuß, der darüber zu beschließen hat, kann die CSU ihre Vorstellungen aber durchsetzen. Einzelleistungen können dann vergeben werden, Unternehmen wird es ermöglicht, die wirklich profitablen Arbeiten herauszupicken. Die aufwendigeren, teureren Leistungen, die bisher im Durchschnittspreis mit aufgefangen wurden, verbleiben am Krankenhaus, was dann wiederum die Existenzberechtigung der Abteilung in Frage stellen wird.

Der Beschluß bedeutet auch einen Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, die nun kaltschnäuzig im Regen stehen gelassen werden. Die Frage nämlich, wo sie im Falle einer Fremdvergabe im Krankenhaus weiterbeschäftigt werden, blieb von CSU-Fraktion und Oberbürgermeisterin unbeantwortet. *mid*

Im Stadtrat von Schweinfurt



Berufsverfahrung gegen Günter Deckert vor dem Landgericht Mannheim / Vorläufig keine Freilassung

Prozeßtricks des Geschichtsrevisionisten

MANNHEIM. Am Landgericht Mannheim begann vor gut zwei Wochen das Berufungsverfahren gegen Günter Deckert wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener im Rahmen einer Veranstaltung mit dem Pseudohistoriker David Irving im Jahre 1990.

Außerdem ist er angeklagt, das Buch „Grundlagen zur Zeitgeschichte“, ein revisionistisches Werk zur deutschen Geschichte, das der Generalbundesanwalt seinerzeit als „ein übles Machwerk“ klassifizierte, vertrieben zu haben und der Autor und Vertreiber des Buches „Der Fall Günter Deckert“ zu sein.

Im Juni 1996 hatte das Amtsgericht Weinheim Deckert zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten ohne Bewährung verurteilt. Staatsanwaltschaft und Angeklagter hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Wie bei zahlreichen anderen Verfahren gegen Deckert war der kleine Gerichtssaal im Mannheimer Landgericht auch

diesmal mit zahlreichen Deckert-Fans gefüllt. Laut applaudierend begrüßten sie ihren „Märtyrer“, der sich selbstsicher grinsend „seinem“ Publikum präsentierte.

Telefonisch ohne Maske

Von großer Bedeutung waren im Laufe des Verfahrens Tonbandmitschnitte der Polizei von Telefonaten, die Deckert im Sommer 1994 – unmittelbar nach dem umstrittenen Mannheimer Urteil – mit Gesinnungsgenossen und Journalisten führte.

In einem dieser Telefonate ließ Deckert die meist von ihm benutzte Maske des Biedermannes fallen und erläuterte klar seine politischen Vorstellungen: Es handelt sich dabei um ein rund halbstündiges Telefoninterview, das Deckert einem holländischen Journalisten gab. Zum Völkermord in Auschwitz erläuterte er, daß es für die Vergasungen keine Sachbeweise gäbe.

Alle Behauptungen gründeten sich nur auf Augenzeugenberichte. Sachbeweise in Form von Gutachten hätten nur Gernot Rudolf und Fred Leuchter geliefert. Und die leugnen ja bekanntlich den Holocaust und behaupten, die dortigen Vergasungskammern seien einerseits nur der Entlausung gewidmet gewesen, andererseits von den Alliierten nach dem Krieg erst errichtet worden.

Befragt zu seinem „offenen Brief“ an Michael Friedmann vom Zentralrat der Juden in Deutschland, bezeichnete Deckert den CDU-Politiker als „Zufallsdeutschen“, deshalb solle er dorthin gehen, wo er hergekommen sei.

Juden raus?

Daß Friedmann CDU-Mitglied sei, wäre ebenfalls nicht verwunderlich. „Die FDP hat Bubis, die SPD hat ihre Juden, soll doch auch die CDU ihre Juden haben“. Er ordne den Negern Afrika zu, den Türken die Türkei und den Juden eben Israel. „Jeder gehört in sein eigenes Land“.

Ignaz Bubis sei für ihn kein Deutscher, sondern lediglich der Judenführer. Er verbitte sich als Deutscher die ständige Einmischung der rund 40000 Juden in Deutschland.

Wieder: „6-Millionen-Lüge“

Was im Dritten Reich passiert sei, interessiere ihn nicht, so Deckert scheinheilig, nachdem er in der Praxis die ganze Zeit über im Revisionismus den entscheidenden Hebel für die deutschen Neonazis gesehen hatte. Die Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden bezeichnete Deckert als Lüge. Es handle sich dabei nur um eine „symbolische Zahl“.

Das jüdische Volk habe Deutschland 1933 den Krieg erklärt. Zu seiner Einstellung zu Hitler befragt, erklärte Deckert: „Ich kann auch damit leben, wenn Adolf Hitler ein Massenmörder war“. Er wolle nicht soweit gehen und argumentieren, daß Hitler schließlich kein Deutscher, sondern Österreicher gewesen

sei. Dann äußerte sich Deckert unmißverständlich, wie er Menschen jüdischen Glaubens beurteilt: „Juden sind keine Deutsche“. Juden und Deutsche seien zwar keine Rasse, aber verschiedene Völker, und Deutschland sei das Land der Deutschen, und alle anderen „Völker“ könnten demzufolge nur Gäste sein.

In diesem Telefonat, so Staatsanwalt Hans Heiko Klein, entlarve sich Deckert als eindeutiger Antisemit und Rassist. In einem anderen Telefonat äußerte er sich über die Beziehung von NPD und Reps. Nachdem sein Projekt des „Bündnis für Deutschland“, eine direkte Zusammenarbeit von NPD und Reps, aufgrund Schönhubers Ablehnung gescheitert war, erklärte Deckert kurz und bündig: „Die Reps sollen sich allein zerstören. Je eher desto besser für uns“.

Relativ zurückhaltend präsentierte sich Deckert in Sachen Zwischenrufe. Das mag wohl auch am konsequenten Vorgehen des Vorsitzenden Richters Köhler gelegen haben, der Deckert bei jeder Form der Störung, sei es mit Gesten oder verbal, zur Ordnung rief. Auch die Front der Anhänger bröckelte mit zunehmender Prozeßdauer.

Deckert, dessen Strafzeit am Samstag, 8. März, zu zwei Dritteln abgelaufen war, beantragte einen Haftprüfungstermin. Bei „günstiger Sozialprognose“ und „guter Führung“ wird bekanntlich häufig nach Ablauf von zwei Dritteln einer Strafzeit der Rest entlassen!

(Das Gericht hat allerdings eine Entlassung abgelehnt, d. Red.)

GA, aus Gegenwind, Weinheim

„Bundes-Wehrmacht“

Mit Sturmhauben auf Ausländerhatz

DETMOLD. Mit Sturmhauben ver mummt, zogen zehn Wehrpflichtige in Uniform, sieben sollen aus den neuen Bundesländern sein, gegen 21.30 Uhr durch die Innenstadt von Detmold. In der Fußgängerzone hatten sie rassistische Parolen wie „Kanaken raus aus Deutschland“ gebrüllt und Passanten gefragt, wo sie Türken finden können, um sie zu jagen, berichtete ein Polizeisprecher, der die Täter als Angetrunkene darstellte. Mit Baseballschläger schlugen sie dann auf zwei 16- und 17jährige Türken ein und traten sie. Einem 16jährigen Italiener setzten sie ein Messer an den Hals. Die Soldaten, wurden als Angehörige des 3. Panzerauf-



klärungs-Bataillon in der Rommel-Kaserne-Augstdorf identifiziert, die etwa 15 Kilometer von Detmold entfernt liegt. Dort hatten vor zwei Jahren Vorgesetzte einen Soldaten mißhandelt und dazu neonazistische Parolen gebrüllt.

Bereits einen Tag danach gingen in Detmold rund 300 Leute auf die Straße, um gegen die rassistische „Jagd“ auf Menschen ohne deutschen Paß zu protestieren.

Am Samstag, 22.3.1997, demonstrieren 800 Leute in der Innenstadt. Aufgerufen hatten das Internationale Beratungszentrum (IBZ) und andere Initiativen, das Antinationale Plenum, Bündnis 90/Die Grünen, DIDF und einzelne Gewerkschaften. Die Redner – darunter einer der Verfolgten – wandten sich gegen den „alltäglichen Rassismus“, u.a. bei der Stadtverwaltung, und kritisierten die Rolle der Bundeswehr.

Inzwischen steht fest, daß mindestens drei der beteiligten Soldaten Verbindungen zum organisierten Faschismus hatten: Bei Hausdurchsuchungen wurden mehrere Exemplare der „Nationalzeitung“, ein Programm der verbotenen Nationalistischen Front (NF), rechte Literatur, eine „einschlägige“ Videokassette und eine Reichskriegsflagge gefunden.

Schon vor drei Jahren kamen Experten zu dem Schluß, daß die Bundeswehr zu einem Sammelbecken für Rechtsradikale zu werden droht. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr hatte eine vertrauliche Studie vorgelegt, nach der eine deutliche Mehrheit der rechtsorientierten jungen Männer sich besonders zum verlängerten freiwilligen Dienst hingezogen fühlt. Während und nach der Dienstzeit begehe eine zunehmende Zahl Jugendlicher rassistische Straftaten. An den Kommandanten der Rommelkaserne sowie an kommunale Behörden hatten im Sommer 1996 antifaschistische Gruppen und Friedensinitiativen die Forderung gerichtet, den Namen zu tilgen, da neue Veröffentlichungen über kriegsverbrecherische Befehle Rommels bekannt geworden waren.

Zusammenstellung aus Lokalberichten
Essen und Artikel von Uli Sander im ND

„Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern“

Das Motto war nur teilweise prägend für die in Leipzig stattfindende Konferenz, an der am 22. und 23. März etwa 340 an kommunaler Politik Interessierte, Gemeinderatsmitglieder, Stadträte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den Reihen der PDS teilnahmen, der Zusammensetzung der PDS entsprechend vorwiegend aus den neuen Bundesländern. Am ersten Tag wurden in Sachvorträgen und einer Podiumsdiskussion im Plenum sowohl Fragen der Kommunalfinanzen, der Wohnungspolitik, „sozial und ökologisch orientierter Stadtteilentwicklung“ und der Möglichkeiten direkter Mitwirkung der Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen angerissen, in der Podiumsdiskussion erörterten sieben Teilnehmer „Ideen, Ansprüche und Erfahrungen zur Beteiligung der PDS an Kommunalwahlen in den Alt- und Neubundesländern“.

Bereits in den Debatten dieses Tages wurde deutlich, daß die Spannweite kommunaler Politik in der PDS von der Vorstellung „bessere Sozialdemokratie“ und Ersatz für die SPD bis zur regelmäßigen und direkten Einbeziehung der Gemeindeeinschwohnerinnen und -einschwohner in die Arbeit der Parlamentsfraktionen reicht. Weitgehende Einigkeit herrschte in der Ablehnung der Bundespolitik, die dazu geführt habe, daß die ostdeutschen Kommunen in nur sieben Jahren denselben Verschuldungsstand erreicht haben wie die Westkommunen innerhalb von 40 Jahren. Dagegen wurde die Forderung nach Erhöhung des Gemeindeanteils an den Lohn- und Einkommenssteuern von derzeit 15% auf 20%, der Beibehaltung kommunaler Steuern und Einnahmequellen erhoben.

In der Podiumsdiskussion wurde die unterschiedliche Situation der PDS in den alten und den neuen Bundesländern deutlich. Im Osten suchen die PDS-Gruppen nach etwa 12000 Kandidatinnen und Kandidaten, absehbar sei, daß von den jetzt ca. 6000 kommunalen Abgeordneten etwa die Hälfte aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung stünden. Die Westvertreter grenzten sich in erster Linie von Bündnis 90/Die Grünen ab, deren Mißachtung sozialer Fragen hätten zum erfolgreichen Abschneiden von PDS-Listen beigetragen.

Am zweiten Tag fanden acht Arbeitsgruppen statt, deren Ergebnisse jedoch nicht mehr in einem Abschlußplenum zusammengefaßt wurden und deren Arbeitsgrundlagen nur teilweise zu Beginn der Konferenz veröffentlicht waren. Von der Konferenz soll ein Reader erscheinen, der alle Materialien, auch die der Arbeitsgruppen, enthalten soll. *uld*

Zum Kampf um die Bodenreform im Osten

Herrschaftsinstrument Boden

Von Wolfram Triller

Alle geschriebene Geschichte ist nicht nur eine Geschichte von Klassenkämpfen, sondern auch eine Geschichte des Kampfes um die Verfügungsgewalt über den Boden. Mit dem Wechsel der Herrschaftsformen änderte sich in der Regel auch in großem Umfang das Eigentum am Boden. In der Reformation wurde die katholische Kirche enteignet, der Klosterbesitz ging an die Fürsten, Fürstenbesitz ging an Gutsbesitzer und Bauern oder wurde Staatsbesitz.

Die Bauern als Bodenbewirtschaftler wehrten sich schon früh gegen die mit dem Bodeneigentum verbundene Macht und Unterdrückung. Die Herrschenden jedoch rechneten grausam mit den Bauern ab. Um 1890 schrieb der nationalliberale Historiker Heinrich von Treischke in seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“: „Der lange, grausame Vernichtungskampf der mecklenburgischen Grundherren wider die Bauernschaft füllt wohl das dunkelste Blatt in der Geschichte des deutschen Adels.“

Getötete und verstümmelte Bauern waren aber auch das Ergebnis des 2. Weltkrieges, in dem der Bodenhunger der Bauern nach außen gelenkt werden konnte, sie den Volksverhetzern gefolgt sind und hofften, östlich von Deutschland das ersehnte Land zu gewinnen.

Zur Umkehr dieses verhängnisvollen

Weges beschloß die Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister vom 12. April 1947, „bis Ende 1947 eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen“. Nur in Ostdeutschland wurden die Lehren aus der Geschichte gezogen. Zwar gab es auch in Westdeutschland Bodenreformgesetze. Sie blieben jedoch im Ansatz stecken. Dafür wurde schon sehr bald der Versuch unternommen, die Geschichte zu korrigieren. Schon 1954 legte E. Forsthoff ein Rechtsgutachten zum Thema: „Ist die Bodenreform in der Deutschen Demokratischen Republik im Falle der Wiedervereinigung als rechtswirksam anzuerkennen?“ vor.

Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik mußte diese Frage beantwortet werden. Zwar war im Einigungsvertrag (Art. 41, Abs. 1) festgelegt worden, daß „die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) nicht mehr rückgängig zu machen sind“, und auch das geänderte Grundgesetz trägt dieser völkerrechtlichen Regelung in Art. 143, Abs. 3 Rechnung. Doch davon getrennt zu betrachten ist Nr. 1 Satz 4 der „Gemeinsamen Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zur Regelung offener Vermögensfragen“ vom 15. Juni 1990, daß „... einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine ab-

TON

Thüringer Landtag:

Keine Tribüne fürBdV-Landesvorsitzenden Latussek

Der Thüringer Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen Paul Latussek hat mit Schreiben vom 10. März angekündigt, am 22. Mai im Landtag zu einem parlamentarischen Abend einzuladen. Steffen Dittes, MdL PDS, und Carsten Hübner, Innenpolitischer Sprecher des PDS-Landesvorstandes, protestierten am 17.3. dagegen:

„Im Januar ... trat Paul Latussek in Herford als Referent bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für freie Publizistik auf. Unter den über 100 Besucherinnen und Besuchern fanden sich neben rechten Aktivisten aller Jahrgänge auch mehr als zehn offenkundig als Saalschutz angeheuerte junge Neonazis. Latussek setzte mit diesem Auftritt, der selbst vom BdV-Präsidenten Fritz Wittmann aufs schärfste kritisiert wurde, sein jahrelanges Engagement im rechten Lager fort. So lobte ihn etwa die rechtsextrem durchsetzte Vertriebenenzeitung „Der Schlesier“ im April 1996 als einen Vertriebenenfunktionär, der „jene Ost-

und Sudetendeutschen anspricht, die sich mit der Sanktionierung von Vertreibung und Raub durch Medien, Politiker und „Historiker“ nicht widerspruchslos abfinden wollen.“ Und erst am 8. September 1996 erklärte er im Beisein von Bundespräsident Herzog, die Bundesrepublik habe sich „mehr in Kniefällen und Schuldbezeugungen ergangen, als sich zu den deutschen Opfern zu bekennen.“ Für ihn bleibt die Oder-Neiße-Grenze weiterhin Unrecht.

Latussek ist aus unserer Sicht einer jener Vertriebenenfunktionäre, die bis heute an rechtsextremistischen und revanchistischen Positionen festhalten und die Vernetzung der Vertriebenenorganisationen mit rechtsextremen Parteien und Organisationen ausbauen wollen... Wir fordern alle Mitglieder des Thüringer Landtages auf, der Veranstaltung fernzubleiben, solange Latussek dort als Einladender oder Redner fungiert. Zudem rufen wir alle Mitglieder des BdV, die sich der Aussöhnung und Verständigung mit den Staaten Osteuropas verpflichtet fühlen, auf, sich klar gegen die Positionen ihres Landesvorsitzenden auszusprechen.“ *u.b. Pressemitteilung PDS Thüringen, 17.3.97*

schließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten“ bleibt. Dies wurde durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Als praktischer Weg zur Korrektur der Ergebnisse der Bodenreform erweist sich damit die Sicherung des Rechtsanspruchs der Alteigentümer und das Problem der Ausgleichsleistungen. Aus Sicht der Alteigentümer muß es darum gehen, ihnen eine Vorrangstellung im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) zu sichern.

Mit der geballten Kraft ihrer Organisationen, z.B. der „Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen (Vorstand Frhr. von Wangenheim) und der „Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände (Vorsitzender Prinz zu Salm-Salm) und willfähiger Politiker soll die Bodenreform praktisch liquidiert werden.

Das rechtliche Konzept dazu hat der Kieler Hochschullehrer Prof. Dr. Schmidt-Jortzig schon 1994 in seiner Stellungnahme zum EALG geliefert. Dort heißt es: „Maßstab für die verfassungsmäßige Güte einer Ausgleichsleistung für die Konfiskationen 1945-49 muß eindeutig die Wiederherstellung des Eigentums bei den Altberechtigten sein.“ Die „Vorbehalte der Sowjetunion bezogen sich nur auf das Verbot einer staatlich-offiziellen Anzweiflung der damaligen Handlungsberechtigung („Legitimation“), nicht auf eine Aufrechterhaltung der 1990 vorhandenen materiell-gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse.“

Dieser Auffassung ist er auch nach seiner Berufung zum Justizminister treu geblieben. Vielleicht wurde er auch deshalb Minister. Zwar wird er kritisiert, daß er sich öffentlich für die Alteigentümer einsetzt und der Verdacht nicht ausgeräumt werden konnte, daß dabei auch Familieninteressen im Spiel sind. Doch hat inzwischen auch der Sprecher der ostdeutschen CDU-MdBs Paul Krüger von seiner Drohung Abstand genommen: „Wenn Schmidt-Jortzig noch einmal öffentlich für die Revision der Bodenreform eintritt, muß er gehen.“ Denn Schmidt-Jortzig will ja gar keine „Revision der Bodenreform“. Er will nur die Revision ihrer Ergebnisse. Seine verfassungswidrige Forderung nach einer „Streichung des Ausschlusses der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 aus den allgemeinen Restitutionsregelungen des Vermögensgesetzes“ hat er nicht wiederholt.

Es gibt andere Wege, die Bodenrückgabe an die Alteigentümer durchzusetzen.

1. Es wird Verfassungsklage gegen die Bodenerwerbsverordnung erhoben. Die Entscheidung steht noch aus.

2. Es wird Beschwerde in Brüssel gegen die Bodenerwerbsverordnung erhoben, weil sie für die Kaufberechtigten, die nicht Alteigentümer sind, eine verdeckte Subvention darstellen (Subventionsmißbrauch). Diese Kampagne wird von der Vereinigung der Europäischen

Grundbesitzerverbände unterstützt.

3. Es wird mit Pressekampagnen versucht, die LPG-Nachfolgeunternehmen („rote Barone“) zu diffamieren, um zu erreichen, daß sie vom Landerwerb ausgeschlossen werden. Dem diene auch das im wesentlichen gescheiterte Vorhaben, die Nachfolgeunternehmen durch eine Novellierung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes mit einer Prozeßlawine zu überziehen. Doch auch an dieser Front wird weiter gearbeitet.

4. Bei der Prognos AG wird ein (sicher nicht billiges) Gutachten bestellt, daß die geplante Privatisierung zu Milliardenverlusten für den Staatshaushalt führe. Von bis zu 1,55 Mrd. DM ist die Rede. Bei einer direkten Rückgabe an die Alteigentümer wurden die Verluste nur 1,4 Mrd. DM betragen. Der Staat könne 700 Mio. DM sparen. Kostenlose Rückgabe sei auch dadurch gerechtfertigt, daß die Alteigentümer 50 Jahre lang auf die Gewinne aus der Bodennutzung verzichten mußten, so daß riesige Entschädigungsansprüche entstanden seien.

5. Es wurde offiziell eine CDU-Kommission gebildet, die sich mit dem weiteren Umgang mit den Ergebnissen der Bodenreform beschäftigen soll. Das ist der bislang größte Erfolg der Alteigentümer. Die Richtung dieser Kommission hat der CDU-Fraktionsvorsitzende aus Niedersachsen so formuliert: „Einen Schlußstrich unter die Verbrechen der roten Diktatur darf es nicht geben. Das gilt auch für die Enteignungen zwischen 1945 und 1949“. 6. Intensiv wird daran gearbeitet, die westdeutschen Familienbetriebe gegen die Großbetriebe im Osten zu mobilisieren, um diese besonders bei der Agrarförderung weiter zu benachteiligen. Der Deutsche Bauernverband wird dadurch in eine Zerreißprobe gedrängt.

Bei einer realistischen Betrachtung der Situation muß befürchtet werden, daß der politische Einfluß der Alteigentümer und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu einer faktischen Revision der Ergebnisse der Bodenreform führen werden. Eine geringe Chance für eine andere Entwicklung besteht in einer Verzögerung politischer und rechtlicher Entscheidungen. Damit wird Zeit gewonnen, eine breite Diskussion über die Rolle des Naturgutes Boden in unserer Gesellschaft zu beginnen. In ihrem Mittelpunkt müßte der Versuch stehen, alle Naturgüter dem kapitalistischen Verwertungsprozeß zu entziehen. Sie sollten den wirtschaftlich Tätigen nur in dem Umfang zur Verfügung stehen, wie sie im Interesse des Gemeinwohls nachhaltig genutzt und geschützt werden. Die Verhinderung der Liquidierung der Bodenreform ist ein Ansatzpunkt für ein „zukunftsfähiges Deutschland“.

Prof. Dr. Wolfram Triller ist Mitarbeiter des PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Maleuda. Aus Platzgründen wurde sein Beitrag von der Redaktion geringfügig gekürzt.

BVV-Wahl: 5%-Klausel verfassungswidrig

„Kleinstfraktionen“ beunruhigen CDU und SPD

Berlin. Am 17. März hat der Berliner Verfassungsgerichtshof bei den Wahlprüfungsverfahren von 9 Kandidaten auf den Bezirkswahlvorschlägen der FDP und 23 Kreisverbänden der FDP sowie der Partei „Die Republikaner“ zwei Urteile verkündet (VerfGH 90 und 87/95), deren Kernaussage ist, daß die 5%-Klausel bei den Wahlen zu Bezirksvertretungen (BVV) im Landeswahlgesetzes (LWahlG) verfassungswidrig ist, da dies in die Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der Parteien eingreift.

An dem Verfahren waren neben den Einspruchsführern der Landeswahlleiter, die Senatsverwaltung für Inneres, die Bezirkswahlleiter und die Bezirksverordnetenvorsteher der BVVen sämtlicher Bezirke und die Fraktionen der BVVen von CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS in verschiedenen Bezirken, die Wählergemeinschaft Bündnis Prenzlauer Berg sowie die WUB aus Zehlendorf beteiligt.

Die Bürger- und Stadtpartei Berlin (BSP Berlin), die Partei der Arbeitslosen und sozial Schwachen (PASS), die Wählerinitiative Berliner Kleingärtner und Bürger (WBK), die Partei Die Grauen, Graue Panther und die Kreuzberger Patriotischen Demokraten/Realistisches Zentrum (KPD/RZ) haben sich in schriftlichen Stellungnahmen der Auffassung der Einspruchsführer, die 5%-Klausel sei verfassungswidrig, angeschlossen.

Sämtliche Beschwerdeführer haben sich darauf berufen, daß § 22 Abs. 2 LWahlG verfassungswidrig sei und die Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der politischen Parteien verletze. Von Interesse ist bei der Begründung der FDP-Kandidaten die Beurteilung der Rolle der BVVen, aus der die Konsequenz gezogen wird, daß es gegenwärtig keine zwingenden Gründe für eine Sperrklausel gibt. Deren Erforderlichkeit sei an den konkreten Verhältnissen in Berlin zu messen. Gegenwärtig sei nicht plausibel nachzuvollziehen, daß ohne Sperrklausel die Funktionsfähigkeit der BVVen bedroht sein könnte, da unter anderem die ihnen eingeräumten Befugnisse hinter der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG) zurück bleiben. Insbesondere seien die Bezirke nicht allzuständig für die örtlichen Angelegenheiten. Gegen das Argument, die Aufspaltung auf Splitterparteien behindere die interkommunale Zusammenarbeit, wird so argumentiert, daß die BVV auch in ihrer Größe erheblich von Landesparlamenten und vom Bundestag abweichen. Während dort für eine politische Arbeit nach dem Verständnis der FDP große Fraktionen in einer überschaubaren Zahl geradezu eine Voraus-

setzung sind, um die Kommunikation und Entscheidungsfähigkeit zu gewährleisten, kann in einer BVV ein eher persönlicher Austausch zwischen den Bezirksverordneten stattfinden.

Dem Landeswahlleiter und der Senatsverwaltung für Inneres steht bei der Begründung ihres Antrags auf Zurückweisung der Einsprüche vor Augen, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl der kommunalen Vertretungen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern im Zusammenhang mit dem gesamten Kommunalrecht geprüft werden müssen. In Berlin müßte bei einem Fortfall der 5%-Klausel für die BVV-Wahlen das Bezirksverwaltungsgesetz überprüft und möglicherweise in seiner Grundstruktur, mindestens aber in wesentlichen Detailregelungen geändert werden. Auch bei der Bildung des Bezirksamtes könne eine größere Anzahl von „Kleinstfraktionen“ zu Schwierigkeiten und problematischen Ergebnissen führen.

Nach der Fraktion der CDU ist der mit der Sperrklausel verbundene Eingriff in die Wahlrechtsgleichheit und in die Chancengleichheit der politischen Parteien eine zulässige Differenzierung des Erfolgswertes der Wahlen und steht nicht unter dem Vorbehalt verfassungsrechtlicher Regelungen, sondern obliegt dem einfachen Gesetzgeber und, muß hinzugefügt werden, den dort herrschenden Mehrheitsverhältnissen, dem/den es, so die CDU, grundsätzlich gestattet sein muß, die Funktionsfähigkeit der zu wählenden Volksvertretung durch eine Sperrklausel zu sichern. Für die Beurteilung des Gefährdungspotentials, das die Arbeitsfähigkeit in einer Vertretungskörperschaft beeinträchtigt und von den sogenannten Kleinstfraktionen ausgeht, kommt es daher nach der CDU auch nicht auf eine konkrete Betrachtung an. Entscheidend sind da vielmehr die abstrakten Gefährdungspotentiale, über deren Beschreibung und Vorliegen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus entscheidet.

Für die Fraktion der SPD ist es in ihrer Begründung selbstverständlich, daß die Funktionsfähigkeit der BVVen zwingend die Ungleichbehandlung durch eine Sperrklausel erfordert. Denn bei der Aufhebung der 5%-Klausel müßte die Struktur der BVVen insbesondere im Hinblick auf die Ausschusarbeiten überprüft werden. Um die möglichen „Kleinstfraktionen“ an der Arbeit zu beteiligen, müßten Ausschüsse mit bis zu 21 Mitgliedern gebildet werden, die nach Auffassung der SPD dann nicht effektiv und leistungsfähig wären. Ähnlich haben sich wohl auch die Fraktionen der PDS in den BVVen von Hellersdorf, Lichtenberg und Weißensee gegen einen Erfolg der Einsprüche ausgesprochen.

Bündnis 90/Die Grünen haben die Einsprüche insoweit unterstützt, als sie die 5%-Klausel für die BVVen für verfassungswidrig halten mit der Folge, daß sie für künftige Wahlen entfallen müsse.

coz, aus: Berliner Berichte 4/97

KOMMUNALE POLITIK

GENOSSENSCHAFT: Berlin. Das letzte besetzte Haus in der Kreutziger Straße kaufte zum 1. März die „Selbstverwaltete Ostberliner Genossenschaft“ (SOG). Sie wurde von Hausbesetzern zum Erwerb der besetzten Häuser gegründet. Um Spekulationen mit den Häusern zu verhindern, wählten sie die Rechtsform der Genossenschaft. Möglich wurde der Kauf der Kreutziger Straße 23, weil 20% der Kaufsumme durch niedrig verzinsten Privatdarlehen aufgebracht wurden. Den Rest finanzierte die „Gesellschaftsbank für Leihen und Schenken“. Die SOG will weitere Häuser erwerben, um so alternative Lebensformen zu erhalten. Dafür sucht sie noch Menschen, die ihr zinsgünstige Darlehen geben.

STAATSEINGRIFF: Saarbrücken. Das saarländische Innenministerium hat den Haushalt der Landeshauptstadt Saarbrücken für 1997 nicht genehmigt. Es verlangt ein Sparkonzept für die Jahre 1998 und 1999. Erst nach dessen Vorlage könne der Haushalt freigegeben werden. Bereits vor zwei Jahren wurde die Stadt auf diese Weise zum harten Sparkurs gezwungen. Bis sie das verlangte Konzept im Mai vorlegt, liegen neue Investitionen und weitere genehmigungspflichtige Ausgaben auf Eis.

BAUWIRTSCHAFT: München. Bayerns Finanzminister Huber will Kommunen zur Förderung der Bauwirtschaft veranlassen und zwar dadurch, daß kommunale Hochbau-Projekte, die eigentlich erst 1998 in die staatliche Förderung aufgenommen werden sollten, vorfristig bewilligt werden. Der Vorsitzende des bayerischen Städtetags, Josef Deimer (CSU), sieht aber nur dann eine Chance, Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu retten, wenn der Staat mit dem vorzeitigen Baubeginn auch die entsprechenden Zuschüsse locker macht. Davon könne aber derzeit keine Rede sein. Im Gegenteil, die Kommunen müssen bereits jetzt über sechs Milliarden Mark Staatszuschüsse für Schulen, Kindergärten, Feuerwehrhäuser, Wasser- und Abwassereinrichtungen zwischenfinanzieren, weil sich der Staat als säumiger Zahler entpuppt.

FDP-REP: Moringen. Großen Wirbel hat eine mündliche Anfrage der Göttinger Landtagsabgeordneten Heidi Lippmann-Kasten ausgelöst. Nachdem die Grünen-Politikerin im Februar d.J. eine Kleine Anfrage an die Landesregierung bezüglich der Gruppenbildung zwischen Republikanern und FDP im Moringer Stadtrat gestellt hatte, forderte der Landesvorstand der FDP, der bis dahin von dieser Verbindung nichts wußte, seinen Moringer Ratsherren Karl Barnkothe auf, innerhalb von 14 Tagen die

Gruppe aufzulösen oder die Partei zu verlassen. Barnkothe hat beide Vorschläge zurückgewiesen, so daß nun der FDP-Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn eingeleitet hat. Laut Auskunft der Landesregierung gibt es in Moringen die einzige bekannte kommunale Verbindung zwischen FDP und Reps in Niedersachsen.

AUSBILDUNGS-KAMPAGNE. Bobingen. Das Arbeitsamt Augsburg will mit den Kommunen der benachbarten Landkreise und den dort ansässigen Betrieben das Lehrstellendefizit regelmäßig zum Stadtgespräch machen. Die erste Einladung führte der Bürgermeister von Bobingen durch. Hier gibt es 86 ausbildungsberechtigte Betriebe, von denen nur 38 insgesamt 74 Lehrstellen gemeldet haben. 163 Jugendliche suchen dort einen Ausbildungsplatz. Die 25 Unternehmer, die der Einladung folgten, machten aber keine Hoffnung, daß sie selbst etwas ändern wollen. Sie kritisierten, daß die Jugendlichen keine ausreichende „geistige Mobilität“ hätten und an einem Traumberuf hängen würden, außerdem müßten sie bessere Zeugnisse bringen, und im Bildungswesen würde zuviel gefördert statt gefordert.

PDS-STADTRATSARBEIT: Suhl. „Die PDS-Stadtratsfraktion fragt Sie ...“, so hieß der Titel der Umfrage im PDS-Mitteilungsblatt „Rathaus-Report“, das an die Suhler Haushalte in einer Auflage von 15.000 Exemplaren verteilt worden war. Auf die sechs Fragen gab es eine Vielzahl interessanter Antworten. Dennoch waren es nur wenige Einwohner, die den Fragenvordruck in dem Informationsblatt mit oder meist ohne Absenderangaben an den Stadtvorstand bzw. die Fraktion sandten. Besonders interessant waren die Antworten auf die Frage, was der Stadtrat beraten und die PDS an Vorschlägen einbringen sollte. Dabei steht die Industrieansiedlung und die Schaffung von Arbeitsplätzen an erster Stelle. Genannt werden aber auch die Notwendigkeit der Schaffung eines Stadtentwicklungsplanes und von mehr Ordnung und Sicherheit für die Stadt. Neben Vorschlägen gegen das weitere Zubetonieren der Stadt, für die Nutzung leerstehender Wohnungen, Verbesserung der Baugenehmigungspraxis und regionale Wirtschaftsförderung plädieren eine ganze Anzahl für den Erhalt von Kultur und Sport, von Kindertagesstätten und für den Ausbau des Tourismus. Die PDS soll sich für die Senkung der Lebenshaltungskosten einsetzen und einen Tafelservice für die Speisung von Sozialhilfeempfängern schaffen – wie bereits in anderen Thüringer Städten vorhanden. Außerdem müsse die Stadt verstärkt die Vereine durch kostenlose Räume unterstützen.

Zusammenstellung: baf

Einzelhändlern ergab, daß fast ausschließlich die großen Warenhäuser von den längeren Öffnungszeiten profitiert haben. Bei Unternehmen mit über 100 Beschäftigten, die zu 80% länger offenhielten, haben 37% höhere Erlöse erzielt, die übrigen fast zwei Drittel allerdings nicht. Bei den Geschäften unter 5 Angestellten – die Hälfte von ihnen hatte länger offen – kamen nur 11% auf höhere Umsätze. Neueinstellungen gab es nur im beschränkten Maße: 85% der Geschäfte mit längerer Öffnungszeit haben dies mit bestehendem Personal durchgezogen.

HOFFNUNG AUF SPEKULATIONSGEWINNE STATT LOHNERHÖHUNGEN Die VW AG will künftig ihren Beschäftigten Aktienoptionen anbieten. Der Konzern hat Profite gemacht. Statt wie bisher den „Mitarbeitern“ eine Erfolgsprämie zu zahlen, erhalten diese für je 5 DM eine Wandelschuldverschreibung. Damit kann nach frühestens 2 Jahren eine VW-Aktie gekauft werden und zwar zum Kurs, wie er beim Kauf der Wandelschuldverschreibung gegolten hat. Hat die Aktie zugelegt, gibt's Spekulationsgewinn, wenn nicht, gibt's nur den Einsatz zurück.

KEINE STAATSKNETE FÜR MEDIENIMPE-RATOR KIRCH Die dem bayerischen Staat gehörende Landesanstalt für Aufbau- und

finanzierung sollte mit etwa 500 Millionen Mark Kredit dem Medienunternehmer Kirch den Ausbau seines digitalen Abonnementfernsehens finanzieren helfen; weitere Banken wären dann gefolgt. Öffentliche Kritik wurde laut: Staatliche Förderung einer medienpolitisch bedenklichen Entwicklung (Kirch monopolisiert viele Film- und Übertragungsrechte); finanziell nicht unbedenklich (weniger Abonnenten als von Kirch erwartet).

Die Bayerische Staatsregierung zuckte etwas zurück; Ministerpräsident Stoiber wollte persönlich entscheiden. Die Firmengruppe Kirch gab daraufhin bekannt, sie verzichte auf den Kredit der Staatsbank. •

Nach Warnstreiks

Tarifabschluß für Kinos

In der fünften Verhandlungsrunde ist für die Beschäftigten der Kinos am 25. März 1997 ein Tarifabschluß zustande gekommen. Der materielle Teil des Abschlusses gibt wenig Grund zum Jubeln. Die IG Medien und der Hauptverband der Deutschen Filmtheater einigten sich nach elfstündigen Verhandlungen auf Erhöhungen der Vergütungen zwischen 1,7 und 2,2 Prozent ab dem 1. April 1997. Für die Monate Januar bis März 1997 erhalten alle Beschäftigten eine Einmalzahlung von 150 DM. Zugleich wird die Jahresleistung um 25 Prozent von 400 auf 500 DM erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 1998.

Als vollen Erfolg der Warnstreiks können die Beschäftigten aber die Abwehr fast sämtlicher Gegenforderungen der Arbeitgeber verbuchen. Die Nachtzuschläge bleiben ebenso wie die Entgeltfortzahlung während des Urlaubs in vollem Umfang erhalten. Hier hatten die Kino-Arbeitgeber massive Verschlechterungen durchsetzen wollen. So sollte beim Urlaubsentgelt die Einbeziehung der Überstunden bei der Berechnung völlig entfallen. Dies hätte im Einzelfall zu Verlusten bis zu 1.000 DM geführt. Auch die Forderung der Arbeitgeber nach der Tarifierung von Servicekräften ist vom Tisch. Die Lohnfortzahlung bei Krankheit beträgt nun tarifvertraglich abgesichert 100 Prozent. Hier mußten wir allerdings – wie in allen anderen Branchen auch – den Ausschluß der Überstundenbezahlung und der Zuschläge bei der Berechnung der Lohnfortzahlung schlucken.

Der materielle Teil des Abschlusses ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben

Zurückstecken mußte die IG Medien vor allem im materiellen Bereich. Die geforderte Mindestvergütung von 2.000 DM wurde nicht erreicht. Die niedrigste Grundvergütung liegt nun bei 1.856 DM in der Ortsklasse B. Die Verhandlungskommission hat dieser Regelung nur zu-

gestimmt, um den Erfolg bei der Abwehr der Gegenforderungen nicht zu gefährden.

Die linearen Erhöhungen ab dem 1. April 1997 betragen für die VorführerInnen und die KassiererInnen 1,7 Prozent, für die anderen Berufsgruppen 2,2 Prozent. Unter Einrechnung der Einmalzahlung und der erhöhten Jahresleistung beträgt die vereinbarte Erhöhung in den unteren Gruppen bis zu 3 Prozent. Die Einmalzahlung bemißt sich für Teilzeitkräfte anteilig.

Auch vor der fünften Runde haben noch einmal zahlreiche Kolleginnen und Kollegen mit Aktionen und Warnstreiks Druck auf die Arbeitgeber gemacht. Ihnen allen sei herzlich gedankt. Ohne die Warnstreiks wäre das Tarifiergebnis weit schlechter ausgefallen. (PM IG Medien)

ÖTV Berlin

100 Prozent Lohnfortzahlung für ABMler

„Die Gewerkschaft ÖTV Berlin hat gestern den ersten Tarifvertrag mit einem freien Träger abgeschlossen, der 100 Prozent Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für ABM-Beschäftigte sichert. Damit sind die mehr als 160 Arbeitnehmer bei der urban consult GmbH nun auch in dieser Frage tarifvertraglich geschützt.“

Rund 21.000 Beschäftigte sind z.Zt. im Land Berlin in Beschäftigungsverhältnissen tätig, die durch Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit gefördert werden. 15.000 von ihnen arbeiten in AB-Maßnahmen, etwa 6.000 in Tätigkeiten, die durch Lohnkostenzuschüsse unterstützt werden.

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin hatte seit Oktober 1996 für die AFG-Beschäftigten bei freien Trägern darum gestritten, daß Manteltarifverträge zur vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abgeschlossen werden. Den ersten Abschluß dieser Art mit der urban consult wertete der Berliner ÖTV-Vorsitzende Kurt Lange als ersten Schritt, soziale Angleichungen für ohnehin benachteiligte Beschäftigte erreicht zu haben. „Es ist wichtig,

daß die freien Träger und auch das Land Berlin die soziale Verantwortung für ihre Beschäftigten übernehmen und auch im Krankheitsfall der Lohn 100prozentig weitergezahlt wird“, betonte Lange.

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin wird darauf drängen, daß auch für die rund 5.000 AFG-Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin und für die anderen freien Träger ein Tarifvertrag zur Lohnfortzahlung abgeschlossen wird. Das Abgeordnetenhaus hatte im Februar beschlossen, diesen Beschäftigten die 100prozentige Lohnfortzahlung zu gewähren, ohne jedoch einen Tarifvertrag abschließen zu wollen.“ (PM, 13.3.)

HBV NRW

Leichtlohngruppen anheben!

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat die diesjährige Tarifforderung für den Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen aufgestellt. Sie fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,7%, mindestens 120 DM, für Auszubildende um 65 DM. Die Leichtlohngruppe (LIa) soll zusätzlich um 50 DM angehoben werden. Die HBV schreibt in ihrem Flugblatt: „Wir wollen eine Gehalts- und Lohnanhebung, bei der die untersten Einkommen stärker berücksichtigt werden.“ Schon mehrmals wurde die Abschaffung der Lohngruppe IIa (derzeit 2 586 DM) gefordert. Außerdem verlangt die HBV NRW: „Die HBV fordert die Einzelhandelsarbeitgeber auf, auch über konkrete, meßbare Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung zu verhandeln. Wir wollen tarifliche Regelungen – zur Übernahme aller Auszubildenden, – zum Erhalt und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen.“ Das Endgehalt der Gehaltsgruppe I, in der fast alle Verkäuferinnen eingruppiert sind, liegt derzeit bei 3 232 DM. Durch die schweren Auseinandersetzungen 1996 haben die Gewerkschaftsmitglieder erreicht, daß der Manteltarifvertrag bis Ende 1999 verlängert und bis dahin die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall tariflich zu 100 % abgesichert ist. (anl)

Sinnvoll bei Ausgleich für die unteren Lohngruppen

Interessante Auseinandersetzungen dürfte die im Kasten dokumentierte Entschließung der Großen Tarifkommission (GTK) der ÖTV hervorrufen. Die Beschlußlage der ÖTV zur Arbeitszeit sieht schon seit geraumer Zeit die Möglichkeit von Lohnverzicht vor. So ermöglicht das Tarifpolitische Programm von 1994 in „besonderen Krisensituationen zur Verhinderung von Entlassungen“ Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich. Auch die Beschlußlage des jüngsten Gewerkschaftstages vom Herbst vergangenen Jahres drängt eindeutig zu einer „Arbeitszeitrunde“, wobei der volle Lohnausgleich deutlich hinter dem Anliegen der Beschäftigungsförderung und -sicherung steht.

Noch immer nimmt ein Teil der westdeutschen Gewerkschaftsmitglieder, auch (vielleicht insbesondere) ihrer führenden Mitglieder, nicht zur Kenntnis, daß seit mehreren Jahren in den neuen Bundesländern eine Tariföffnungsklausel besteht, die auch rege genutzt wird: nämlich § 15c BAT, der bereits heute Arbeitszeitverkürzungen mit Teillohnausgleich zur Beschäftigungssicherung zuläßt. Fakt ist, daß dadurch ein nicht unwesentlicher Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit erheblich weniger Geld auskommen muß, dies um so mehr, als dort derzeit nur 84%, ab Oktober 85% des Westniveaus gezahlt werden, bei einer 40-Stunden-Woche.

Es dürfte äußerst schwer sein, gemeinsame Tarifikämpfe für die Beibehaltung von unterschiedlicher und letztendlich ungerechter Behandlung zu führen.

Trotzdem ist diejenige Kritik an dieser Entschließung ernstzunehmen, die sich auf die Erfahrungen der letzten großen Arbeitszeitrunde von 1988 beruft: Bis auf ganz wenige unabdingbare Arbeitsplätze gab es keinen Personalausgleich. Stattdessen fand, rückblickend betrach-

tet, der verstärkte Einstieg in die Verdichtung der Arbeit mittels der neuen Medien statt.

Genau jener Effekt aber wird es sein, der – neben dem politisch bedingten Abbau des öffentlichen Dienstes – zunehmend zu Stellenabbau führen wird. Und zunehmend wird auch von seiten der „Jugend“ und „Arbeitslosen“ in der ÖTV nachgefragt, wo denn die Solidarität mit ihnen bleibt. „Umverteilungsmodelle mit Lohn- und Gehaltsausgleich in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bzw. Gehaltsverzicht in den oberen Gehaltsgruppen“ bei besonderen Schutzbestimmungen für Teilzeit und befristet Beschäftigte, wie auf dem letzten Gewerkschaftstag eingebracht, sind deshalb auch in der ÖTV kein Tabu mehr.

Auch aus diesen Gründen dürfte ein Arbeitskampf, und ohne diesen wird keine Arbeitszeitverkürzung möglich sein, der ausschließlich den vollen Lohnausgleich vorsieht, unmöglich sein.

Der Wunsch von Beschäftigten, früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden, die persönliche Arbeitszeit reduzieren, Sabbatical-Modelle oder das Modell der Altersteilzeit in Anspruch nehmen zu können, scheitert meist an der Haltung der öffentlichen Arbeitgeber, die über die Arbeitszeit ihrer „Bediensteten“ bestimmen wollen.

Andererseits scheitern allgemein gehaltene Appelle zur Teilzeitarbeit bei den unteren Einkommensgruppen, weil sie es sich nicht leisten können, bei den oberen, weil Teilzeitarbeit nach wie vor mit Prestigeverlust verbunden wird.

Deshalb scheint der Weg der GTK richtig, wenn denn die selbst formulierten Bedingungen (sozial gestaffelter Teillohnausgleich, vertragliche und kontrollierbare Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen) auch ernst genommen werden. har

Entschließung der Großen Tarifkommission der ÖTV – Aufruf zur Mitgliederdiskussion

- Beschäftigung sichern
- Arbeitsplätze schaffen
- Arbeitszeit verkürzen

Die Arbeitslosenzahlen in Deutschland offenbaren das Scheitern einer Politik, die vorgab, durch Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau eine Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Allein im Januar 1997 stieg die Zahl der Arbeitslosen um rund 500.000 auf unerträgliche 4,66 Millionen.

Der öffentliche Dienst wird bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze noch allzu oft ausgeblendet. Mehr noch: Auch im öffentlichen Dienst werden Jahr für Jahr Arbeitsplätze vernichtet, von 1991 bis 1995 205.000 Arbeitsplätze von Arbeiterinnen und Arbeitern, 237.000 von Angestellten, davon allein im vergangenen Jahr insgesamt 132.000.

Dieser Politik muß entschieden entgegengetreten werden. Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Die hohe Arbeitslosigkeit bedroht auch die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates und des Sozialstaates.

Es ist höchste Zeit zum Handeln. Auch der öffentliche Dienst muß seinen Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. In wesentlichen Branchen der Privatwirtschaft ist die 35-Stunden-Woche durchgesetzt. Der öffentliche Dienst hat mit 38,5 bzw. 40 Stunden pro Woche fast die längste Wochenarbeitszeit. *Deshalb muß als weiterer Angleichungsschritt die 38,5-Stunden-Woche im ostdeutschen öffentlichen Dienst verwirklicht werden.*

Die Grosse Tarifkommission hält an der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich fest. Sofern die öffentlichen Arbeitgeber bereit sind, sich vertraglich neben der Sicherung von Beschäftigung zu einer Schaffung von Arbeitsplätzen zu verpflichten, die regional bzw. örtlich überprüfbar und kontrollierbar ist, ist für die Große Tarifkommission ein sozial gestaffelter Teillohnausgleich verhandelbar.

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV ruft alle ÖTV-Mitglieder bei Bund, Länder und Kommunen auf, über die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zur Sicherung von Beschäftigung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu diskutieren.

Die Große Tarifkommission wird nach umfassender Mitgliederdiskussion Mitte September 1997 über die Kündigung der tariflichen Arbeitszeitbestimmungen im öffentlichen Dienst entscheiden. Chemnitz, 28.2.1997



Seit der letzten Märzwoche führt die NGG mehrere Streikaktionen im Hamburger Gaststättengewerbe durch. Begonnen hatten die Beschäftigten der Raststätte Stillhorn an der A1 nach Bremen; sie demonstrierten vor dem „Europäischen Hof“ (Bild) und dem Sitz des Arbeitgeberverbandes. Das Hauptstreikziel ist die Sicherung der 100%igen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Das Gaststättengewerbe will auf 80% kürzen.

Keine Massenentlassungen, Ersatzarbeitsplätze vereinbart

Zwei Wochen, nachdem die Absicht bekannt wurde, ist eine „feindlichen Übernahme“ des Thyssen-Konzerns durch die Krupp Hoesch AG zwar gescheitert. Ihr Hauptziel haben Krupp-Chef Cromme und das hinter ihm stehende Finanz-Kartell jedoch erreicht.

Nach der Zustimmung des Krupp-Aufsichtsrates sollen die Stahlbereiche der beiden Konzerne rückwirkend zum 1.4.1997 zur Thyssen Krupp Stahl AG verschmolzen werden – allerdings wird Thyssen einen Anteil von 60% halten. Mit einem Umsatz von 11 Mrd. DM und einer Rohstahlerzeugung von 15 Mio. t im Jahr wird dieser Stahlkonzern der größte Flachstahlproduzent Europas und einer der größten weltweit sein. In der BRD wird es daneben noch Krupp-Mannesmann, Klöckner Bremen, Peine-Salzgitter (Preussag), Saarstahl und die ostdeutschen Stahlwerke geben. Insgesamt nähert sich das Bild jedoch den Vorstellungen, die Alfred Herrhausen, damals Vorstandler bei der Deutschen Bank, als „Stahl-Moderator“ bereits Mitte der 80er Jahre entwickelte. Er trat für eine Konzentration der deutschen Stahlindustrie in einer Ruhrstahl AG und einem zweiten Konzern ein.

Obwohl die neue Thyssen Krupp Stahl AG nach Angaben der Vorstände schon jetzt einer der „kostengünstigsten“ Stahlproduzenten in Europa sein wird, ist als unmittelbare Folge der Fusion ein erneuter, drastischer Rationalisierungsschub geplant. 7.900 der 24.000 Arbeitsplätze sollen bis zum Jahre 2002 wegrationalisiert werden. Das sind annähernd doppelt so viele, wie vorher von den beiden Konzernen geplant. Betroffen ist vor allem der Stahlstandort Dortmund. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen wird die Flüssigphase von Krupp Hoesch-Dortmund endgültig aufgegeben, die Hochöfen werden in den nächsten vier Jahren stillgelegt. Verbleiben soll lediglich ein kleines Elektrostahlwerk mit Weiterverarbeitung. Die Zahl der Beschäftigten im Stahlbereich wird dadurch in Dortmund von 5.700 auf 2.100 sinken. Bei Thyssen in Duisburg, am als Transportweg günstigen Rhein gelegen, wird die Hochofenkapazität dagegen ausgebaut.

Dieser abzusehende Rationalisierungsschub war ein Grund der wütenden Proteste von zigtausend Stahlarbeitern. Die Erfahrung, durch klammheimliche Aktiengeschäfte mitverschoben zu werden, ein anderer. Über eine Woche ruhte in etlichen Werken die Arbeit. Bei Krupp Hoesch in Dortmund wurde der Streik erst am letzten Freitag beendet. Einer der

Höhepunkte der Aktionen war die Demonstration vor der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt am 25.3.1997. Mehr als 20.000 Stahlarbeiter hatte die IG Metall innerhalb weniger Tage mobilisiert. 9–14 Mrd. DM hatte die Deutsche Bank dem Krupp Hoesch-Vorstand als Kreditrahmen zur Verfügung gestellt, um – so die ursprüngliche Absicht – eine Aktienmehrheit des Thyssen-Konzerns aufzukaufen. Sie wird nach wie vor von vielen als Hauptverantwortliche des Coups gesehen. Mit solchen heftigen Reaktionen hatten die Bank- und Konzern-Manager jedenfalls nicht gerechnet.

Immerhin haben Thyssen und Krupp Hoesch erhebliche Zugeständnisse machen müssen, um die Fusion der Stahlbereiche von Thyssen und Krupp-Hoesch über die Bühne zu kriegen. Sie mußten der IG Metall vertraglich zusichern, bis zum 31.12.2001 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Da ein vorzeitiger Ruhestand mit Geldern der Arbeitslosenversicherung – früher das wesentliche Mittel zur sozialen Absicherung des Belegschaftsabbau im Montanbereich – so nicht mehr möglich ist, wird diese Regelung teuer für die Konzerne. Darüber hinaus ist es der IG Metall erstmals gelungen, eine vertragliche Regelung über die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durchzusetzen. Danach verpflichtet sich Thyssen, im Raum Dortmund 800 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, Krupp 500. Bis zum 29.4.1997 legen die Konzerne den zuständigen Betriebsräten und der IG Metall ein Konzept vor. Mit Verlagerungen sollen in Dortmund insgesamt 1.900 Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden, außerdem bleiben die Ausbildungskapazitäten erhalten.

Auch wenn viele Stahlarbeiter befürchten, daß die Umsetzung des Vertrages noch weitere Auseinandersetzungen erfordert, ist der Kampf nicht umsonst gewesen. Dabei war es nicht nur der Protest der Belegschaften, der Krupp-Chef Cromme und die Deutsche Bank von ihrem Plan einer „feindlichen Übernahme“ von Thyssen abbrachte. Die Deutsche Bank, bei der Krupp-Chef Cromme die Quelle für vorzeitige Indiskretionen über den Plan sieht, befürchtete vielmehr rechtliche Konsequenzen. Auch der Thyssen-Betriebsrat prüft noch, ob das Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Cartellieri, der im Thyssen-Aufsichtsrat sitzt und in der Deutschen Bank gleichzeitig für Krupp-Hoesch zuständig ist, gegen die in § 116 Aktiengesetz festgeschriebene „allgemeine Treuepflicht“ von Aufsichtsräten gegenüber ihrem Unternehmen ver-



stoßen hat. Letztlich sichert diese Treuepflicht natürlich die Anteilseigner, die bei den großen Konzernen im Montanbereich öffentlich kaum greifbar sind. Cartellieri hat vorsorglich seinen Rücktritt aus dem Aufsichtsrat angekündigt, während auch die Bonner Regierungskoalition Änderungen im Bankenrecht plant.

Was da geplant ist, sollte man sich näher ansehen. Für die gewerkschaftliche Diskussion wichtiger wäre vielleicht die Frage, welche Schranken der Monopolbildung entgegengesetzt werden können, um soziale und auch regionale Interessen zu verfechten. – (wof)

Stuttgarter OB im Konflikt mit der ÖTV

Wahl zum Gesamtpersonalrat behindert

„Rechtswidrig“ und nur auf „Druck“ einiger „ÖTV-Funktionäre“ zustande gekommen nennt der OB die vom Wahlvorstand eingeleitete Gesamtpersonalratswahl für die städtischen Beschäftigten im Pressedienst der Stadt Stuttgart vom 20.3. Grund: Die ÖTV besteht darauf, daß wie in allen Jahren zuvor sämtliche städtischen Beschäftigten an den Wahlen teilnehmen, einschließlich der vor einigen Jahren als Eigenbetriebe (in die Sana GmbH) ausgegliederten Krankenhäuser. OB Schuster dagegen will diese Beschäftigten von den Wahlen ausschließen. Wir zitieren aus einer Presseerklärung der ÖTV Stuttgart-Böblingen.

Mit Schreiben vom 3.2.97 hat der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart Schuster dem Gesamtpersonalrat der Stadt mitgeteilt, daß er für die anstehenden Personalratswahlen im Mai 1997 eine Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats für die Eigenbetriebe Krankenhäuser und Altenheime ablehnt.

Damit gibt es ab Juni 1997 keine gemeinsame Interessenvertretung für die städtischen Beschäftigten mehr. Mehr als 6000 Beschäftigten wird die Wahrung ihrer Rechte über einen für alle zuständigen Gesamtpersonalrat beschnitten. Für alle eigenbetriebsübergreifenden Fragen entsteht ein regelungsloser Zustand. Als Konsequenz der zunehmenden Dezentralisierung und Verselbständigung von Ämtern im Rahmen der Verwaltungsreform bedeutet dieser Schritt für die Zukunft, daß eine zentrale Steuerung dieser

Prozesse zunehmend verunmöglicht wird und es offensichtlich die Strategie der Stadtverwaltung ist, die Bedeutung der Personalvertretungen hierbei immer stärker zu reduzieren.

Die ÖTV wertet diese Entscheidung als offenen Angriff auf die Interessen der Beschäftigten und ihre Vertretungen.

Argumentiert wird von Seiten des Oberbürgermeisters mit den Besonderheiten der Eigenbetriebe. Nicht gesehen wird die Tatsache, daß es trotz dieser Besonderheiten die Notwendigkeit einer zentralen Steuerung gibt. Zu nennen wären hier alle Strukturerscheidungen mit personeller Wirkung und alle Frage der einheitlichen Rechtsanwendung der Tarifverträge und der geltenden Gesetze (z.B. Arbeitszeitgesetz).

Für die Beschäftigten der Eigenbetriebe besteht die konkrete Gefahr, daß sie gerade aufgrund der herrschenden Sparzwänge einer massiven Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen ausgesetzt werden und vollständig von der Gleichbehandlung mit den anderen städtischen Beschäftigten abgekoppelt werden. Über diese Entscheidung werden auch weitere zentrale Zuständigkeiten, die im Interesse der Beschäftigten liegen, gekappt – wie die Zuständigkeit für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz, sowie für die Werkküchen und Kantinen.

Aus diesem Grund haben sich auch alle örtlichen Personalräte der Eigenbetriebe einstimmig für die Fortexistenz der GPR-Zuständigkeit ausgesprochen. Die schwierige Aufgabe der Verwaltungsreform läßt sich nur mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen in Angriff nehmen und nicht gegen sie.

Die ÖTV wertet die Entscheidung von Oberbürgermeister Schuster auch als Kniefall vor den Sana-Managern. Alle zuständigen Fachbürgermeister und alle betroffenen Amts-/Eigenbetriebsleiter haben sich im Vorfeld der Entscheidung für die weitere Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats ausgesprochen mit Ausnahme der Sana-Manager.

Gerade angesichts der Bedeutung des Krankenhaus- und Altenheimbereichs für die Versorgung der Stuttgarter Bevölkerung und angesichts der massiven Sparzwänge, die in diesen Bereichen herrschen, ist dieser Kontrollverlust nicht nur in Bezug auf die Beschäftigten ein erhebliches Problem, sondern auch für die Bevölkerung.

Die Maßnahme von OB Schuster stellt auch deswegen einen einzigartigen Affront dar, weil alle anderen Großstädte in Baden-Württemberg an der Zuständigkeit des GPR auch für Eigenbetriebe festhalten.

Die ÖTV hat als Konsequenz aus dieser Entscheidung die Stadtverwaltung, aufgefordert in Tarifverhandlungen über alle die Beschäftigten betreffenden, betriebsübergreifende Fragen einzutreten.

*PM der ÖTV-Kreisverwaltung
Stuttgart-Böblingen, 4.2.*

„Wirtschaft von unten“

Ratschlag über Selbsthilfe und Kooperation

Vom 21. bis 23. Februar fand in Potsdam ein Kongreß mit ca. 200 Teilnehmern statt. Über 30 Referenten, überwiegend aus dem akademischen Bereich, hatten sich zu einem bunten Themenspektrum vorbereitet.

Prof. Hans See von der FH Frankfurt berichtete einleitend über die Erfahrungen der Arbeiter, die die Glashütte Süsmuth Anfang der 70er Jahre in die eigene Hand genommen hatten, Doris Meißner von der Europäischen Föderation der Bergbau- und Chemiegewerkschaften bestand auf der Aktualität des Genossenschaftsgedankens.

Prof. Dr. Michael Buckmiller von der Uni Hannover begründete in einem historischen Überblick, warum die Theorien der „Frühsozialisten“ (Saint-Simon, Fourier, Proudhon, Owen) gar nicht so utopisch sind und der Marxismus gar nicht so wissenschaftlich ist. Insbesondere Marxs Mißtrauen gegen Genossenschaften und die Mutierung des Sozialismus zum Staatssozialismus sowohl von sozialdemokratischer als auch leninistischer Seite müsse aus heutiger Sicht einer neuen Prüfung unterworfen werden.

Karin Schröder aus Frankfurt vom Netz e.V., dem bundesweiten Zusammenschluß selbstverwalteter Unternehmen, konnte berichten, daß die selbstverwalteten Betriebe bereits weit länger ein wenn auch bescheidenes Dasein fristen, ohne daß sie unbedingt ihren Charakter als hierarchiefreier Zusammenschluß von Gleichen verloren hätten.

Prof. Dr. Dieter Haensch, Uni Hannover, referierte eine wohl erstmalig von deutscher Seite durchgeführte Untersuchung über die rasante Entwicklung der Kooperativen in Italien, in denen sich heute schon weit über 300000 Menschen wirtschaftlich betätigen und deren Unterstützung ein Staatsziel in Italien ist.

Prof. Dr. Jost Kramer, Geschäftsführer des Instituts für Genossenschaftswesen der Uni Münster, bestand auch gegen einzelne Proteste aus dem Plenum darauf, daß sich Genossenschaften dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb stellen müßten, wenn sie nicht aus dem Markt ausscheiden oder dauerhaft auf externe Förderung (sei es vom Staat oder von Sponsoren) angewiesen sein sollten; wenn auch das „Oppenheimersche Transformationsgesetz“ – entweder sie sind erfolglos und scheiden aus dem Markt aus oder sie sind erfolgreich und verlieren ihren Charakter – historisch als widerlegt gelten könne.

Mit Dr. Klaus Böhme, dem ehemaligen Geschäftsführer des Genossenschaftsverbandes des LPG und GPG von 1990

bis 1991 war ein intimer Kenner des Genossenschaftswesens der DDR vertreten, der auch harte Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit den westdeutschen Genossenschaftsverbänden gesammelt hat. Bis heute ist es den Kräften aus Westdeutschland noch nicht gelungen, die Erfahrungen der DDR-Genossenschaften als sozialer Organismus mit der Verantwortlichkeit für Mitglieder und Dörfer, mit einer Organisation von Gemeinschaftsverpflegung, Wohnen, Kultur und Tourismus in Vergessenheit zu bringen.

Den Schlußpunkt, mit einem energischen Plädoyer für die Entwicklung eines dritten Wirtschaftssektors neben Markt und Staat, setzte Dr. Karl Birkhölzer, der Vorsitzende des Europäischen Netzwerkes für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, der seit über 20 Jahren Erfahrungen in der Selbsthilfebewegung hat und in der interdisziplinären Forschungsgruppe „Lokale Ökonomie“ an der TU Berlin arbeitet. Diese Forschungsgruppe, die insbesondere auch internationale Erfahrungen auswertet, dürfte den derzeit wohl fortgeschrittensten Forschungsstand zu diesem Thema in Deutschland haben.

Als lebendes Beispiel der Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft von unten nahm eine große Gruppe von „Longo Mai“ an dem Kongreß teil. Aus alternativen Schafzüchtern Anfang der 70er Jahre ist inzwischen eine europäische Bewegung geworden, die Landwirtschaft und Gewerbe betreibt und einen realen Internationalismus und Antifaschismus praktiziert, der gerade für Jugendliche eine große Anziehungskraft entfalten kann.

Wenn auch viele von dem Kongreß mehr Diskussion und Erfahrungsaustausch über laufende Projekte erwartet haben – dieser Wunsch konnte in den ziemlich großen Arbeitsgruppen nur teilweise erfüllt werden – so gingen doch wichtige Impulse für die Verbreitung des Selbsthilfe- und Kooperationsgedankens von diesem Kongreß aus.

Man kann daher nur allen, die nach Alternativen zur kapitalistischen Katastrophenwirtschaft suchen, aber über den Erfahrungen des Realsozialismus verzweifelt sind, raten, den Kongreßreader zu bestellen:

Er erscheint im April im Distel Verlag (Sonnengasse 11, 74072 Heilbronn, Tel. 07131/98215-0, Fax: 982157): Friedrich Heckmann/Eckart Spoo (Hg.): Wirtschaft von unten, ca. 220 Seiten, ca. 28 DM.

Bei rechtzeitiger Bestellung erhält man den Reader noch zum Subskriptionspreis von 22 DM.

gst

Auseinandersetzung um Bürgerschaftswahlen

Bericht und Kommentar

Kandidatur ohne Mehrheit

Die Mitgliederversammlung der PDS/Linke Liste Hamburg beschloß am 22.3. mit 26 gegen 23 Stimmen bei 3 Enthaltungen, bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im September 97 zu kandidieren.

Obwohl exakt die Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten nicht für die Kandidatur zu gewinnen war und das Ergebnis eine tiefe Zerrissenheit des Landesverbandes zum Ausdruck bringt, ist der Arbeitsausschuß des Landesverbandes entschlossen, auf der für eine Landtagswahl denkbar schmalen Basis von 26 Befürwortern die Kandidatur durchzuziehen (siehe Dokument 1: Presseerklärung des Arbeitsausschusses).

Auf der Seite derjenigen, die die Kandidatur nicht befürworteten, spielten, unterschiedlich verteilt und gewichtet, zwei Argumentationsstränge eine Rolle.

Der eine Strang wurde unter anderem und vor allem, schon im Vorfeld und dann auf der Versammlung, von Vertretern des PDS-Parteivorstandes (neben Joachim Bischoff war Wolfgang Gehrke anwesend) und der Bundestagsgruppe – für sie sprachen Gregor Gysi und Ulla Jelpke – verfochten, kurz zusammengefaßt: Eine Kandidatur im Sommer/Herbst 1997 mit absehbar schlechtem Ergebnis beeinträchtigt die Chance, 1998 erneut in den Bundestag einzuziehen. Dazu müsse die PDS ihren Stimmenanteil im Westen erhöhen (zur Information: 1994 erhielt die PDS durchschnittlich in den alten Bundesländern 0,9%, im Stadtstaat Hamburg 2,2%, rund 13 000 Stimmen). Ein schlechtes Ergebnis bei den Landtagswahlen (André Brie im *Neuen Deutschland*: „Bei einem Prozent minus X wird's fatal“) präge der PDS den Stempel der Erfolglosigkeit auf und drohe auf diese Weise bei den Bundestagswahlen bitter benötigte Stimmen zu kosten.

In der anderen Begründungslinie (siehe Dokument 2) standen der Zustand des Hamburger Landesverbandes und die Probleme des Parteiaufbaus im Zentrum. Im Februar hatte es von drei Mitgliedern den Vorschlag gegeben, auf die Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen zu verzichten und statt dessen zu ein bis zwei Bezirksversammlungen zu kandidieren. Das wurde Befürwortern und Ablehnern einer Kandidatur als Kompromißvorschlag unterbreitet, war aber eigentlich kein Kompromiß, sondern der Vorschlag zu einer Kurskorrektur. Denn die Bürgerschaftskandidatur wurde und wird von ihren Befürwortern vor allem mit dem Anspruch der ideologischen Führung – sowohl innerparteilich wie gegenüber den sozialen und politischen Be-

wegungen in der Stadt – begründet und ergibt sich insofern logisch aus der Politik der den Arbeitsausschuß wesentlich tragenden politischen Strömung. Demgegenüber hätte die Orientierung auf Bezirkskandidaturen den Landesverband genötigt, sich mit kommunal- und landespolitischen Fragen auseinanderzusetzen und „vor Ort“ tätig zu werden, den Schwerpunkt in die Stadtteile zu verlagern. Sie hätte dabei zugleich die Gelegenheit geboten, die Politik im Bündnis zu entwickeln. Daß dabei auch wahlpolitische Erfolge erzielt werden können, zeigen die Erfahrungen aus den Teilnahmen an Kommunalwahlen im letzten Jahr.

Der Vorschlag wurde von denen, die die Ablehnung der Bürgerschaftskandidatur vor allem mit der Bundestagswahl begründeten, mehr oder weniger zähneknirschend akzeptiert, vom Arbeitsausschuß jedoch bis zuletzt entschieden abgelehnt.

Da eine ausreichend breite Verständigung auf eine Kandidatur zu Bezirksversammlungen nicht zustande gekommen war und auch auf der Landesversammlung keine Aussicht mehr hatte, konnte die Argumentation, daß die PDS in Hamburg eine Zäsur machen und sich auf den Aufbau der PDS „von unten“ konzentrieren müsse, auf die drängende Frage, was denn die PDS im Wahlkampf macht, keine befriedigende Antwort geben. Weder für die, die den Wahlkampf nutzen wollen, die eigene Tätigkeit in den Stadtteilen zu entfalten. Noch für die, die befürchten, daß der Verzicht auf eine Kandidatur den Einzug in den Bundestag noch mehr gefährde als eine Kandidatur mit schlechtem Ergebnis: weil nämlich die PDS auf solche Weise tatsächlich zu einer Regionalpartei im Osten werde, wie es ihre politischen Gegner wünschen. Die Zäsur bleibt notwendig. Durch das starrsinnige Festhalten an einer Kandidatur wird sie nicht eben leichter.

Christiane Schneider

Dokument 1

Für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – dem Widerstand die Stimme geben

PDS / Linke Liste kandidiert mit einer offenen Liste zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Die PDS / Linke Liste Hamburg wird bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft kandidieren. Mit diesem Beschluß endete die PDS-Landesversammlung am 22. März 1997.

Bei der öffentlichen Auseinandersetzung um die Bürgerschaftswahl geht es

um die weitere Richtung der Politik in Hamburg: CDU und FDP verfolgen eine Politik der Privatisierung und Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter Markterfordernisse, des Sozialabbaus und der Profitmaximierung, was zur immensen Brutalisierung der Lebensverhältnisse führt. SPD und GAL beugen sich dem mehrheitlich mit „Standortpolitik“ und Modernisierertum. Die Alternative dazu ist, daß eine Mehrheit der Bevölkerung sich für soziale Absicherung und demokratische Einflußmöglichkeiten aller Menschen einsetzt.

Hamburg gilt mit einem Bruttoinlandsprodukt von 700 000 DM pro Jahr und EinwohnerIn als die reichste Stadt Europas, und gleichzeitig soll uns glauben gemacht werden, daß die Unterordnung unter die neoliberale Standortkonkurrenz als Richtschnur der politischen Entwicklung alternativlos sei. Wir kandidieren zu diesen Wahlen zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften als PDS mit einer offenen Liste, damit dem Widerstand gegen die neoliberale Kahl-schlagpolitik die Stimme gegeben werden kann: Wir wollen mit Perspektive auf grundlegende Gesellschaftsveränderung Handlungsalternativen zum Sparterror aufzeigen und zu deren Realisierung beitragen. Wir wollen die Verschärfung marktradikaler und antihumanistischer Politik durch das Erstarken rechtsextremer Parteien verhindern und dagegen die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern. Mit anderen Linken in Hamburg wollen wir den Widerstand gegen die Kürzungspolitik offensiv artikulieren und die außerparlamentarischen Bewegungen in den verschiedenen Bereichen weiter befördern. In der Wahlkampfzeit wollen wir unsere bisherigen außerparlamentarischen Aktivitäten wie gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses, gegen Bildungs- und Sozialabbau bei der Demonstration am 5. Juni, gegen die Einführung des Kindervisums und für Frieden und Abrüstung zusammen mit anderen verstärkt fortsetzen. (23. 3.)

Dokument 2

Warum nicht kandidieren

Wir dokumentieren leicht gekürzt eine von mehreren Begründungen für den Antrag, bei der Bürgerschaftswahl nicht zu kandidieren.

Es ist absehbar: Bei den Wahlen zur Bürgerschaft 1997 und den parallelen Wahlen zu den Bezirksversammlungen wird die PDS keine nennenswerte Rolle spielen. Sie wird weder im Fall der Kandidatur noch im Fall der Nicht-Kandidatur eine nennenswerte Rolle spielen.

Das liegt im Fall der Nicht-Kandida-

tur auf der Hand, auch wenn das nicht heißt, daß wir bei Nicht-Kandidatur den Kopf in den Sand stecken und schweigen müssen. Aber die Erfahrung lehrt, daß die Positionen von Parteien, die nicht kandidieren, bei der Wahl und im Wahlkampf eben auch nicht besonders viel zählen. Deshalb ist eine Nichtkandidatur auch ein Zeichen von Schwäche und Ausdruck einer Niederlage, die wir nicht schönreden sollten.

Aber: Die Kandidatur zu den Bürger-schaftswahlen ist in der konkreten Lage kein Weg, um die Niederlage abzuwenden oder gering zu halten, sondern der direkte Weg zu einem politischen Fiasko, und zwar vor allem auch deshalb, weil ein Beschluß zur Kandidatur die traurige Lage des Hamburger Landesverbandes ignoriert und verschärft.

Die PDS/Linke Liste hat 1991 kandidiert und 0,5 % (3 713 Stimmen) erhalten und damit die Erwartungen weit unterboten. 1993 hat die PDS/LL zugunsten der Linken Alternative auf eine eigene Kandidatur verzichtet; die Linke Alternative hat 4 312 Stimmen (0,5%) erhalten und damit die Stimmen der drei linken Kandidaturen von 1991 ungefähr halbiert.

Das wesentliche Problem bestand bei beiden Kandidaturen, und gerade auch bei der Kandidatur der Linken Alternative, an der ich verantwortlich beteiligt war, darin, daß eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit Fragen der Kommunal- und Landespolitik nicht stattgefunden hat. Oder anders ausgedrückt: Weder die PDS 1991 noch die Linke Alternative 1993 waren auch nur im Ansatz mit den realen sozialen und politischen Bewegungen in dieser Stadt verbunden. Daran hat sich, den PDS-Landesverband als ganzen betrachtet, leider überhaupt nichts zum Besseren geändert, im Gegenteil.

Der Arbeitsausschuß – und das ist der hauptsächliche Grund des Streits und des Zerfalls – legte im letzten Jahr mehr denn je Gewicht darauf, einerseits den Landesverband ideologisch führen, d.h. beherrschen zu wollen, statt die verschiedenen Gliederungen an der Basis durch fundierte Kritik der herrschenden Landespolitik in der Erarbeitung fundierter PDS-Positionen zu unterstützen. Dies einerseits – und andererseits verharrte er dabei, die stattfindenden politischen und sozialen Auseinandersetzungen in der Stadt, wenn überhaupt, von der ideologischen Warte aus zu begutachten, statt der Opposition zu nützen. Die Kandidatur nach dem Willen des Arbeitsausschusses setzt dem allen die Krone auf.

Sie wird rein ideologisch begründet. Die *Wahlpolitische Erklärung* macht deutlich, was der Arbeitsausschuß in den kommunal- und landespolitischen Auseinandersetzungen zu bieten hat – buchstäblich nichts als ideologische Schlagworte. Das hat sich inzwischen dahingehend gesteigert, daß die Kandidatur immer mehr aus rein PDS-internen Gründen verfochten wird, sozusagen „aus

Prinzip“, um parteiintern die Flagge zu hissen ... Meines Erachtens erhebt der Arbeitsausschuß die Fehler, die wir 1993 gemacht und teilweise auch selbstkritisch festgestellt haben, 1997 zum Prinzip. (...)

Ich will nicht verhehlen, daß ich mit der Rolle des Parteivorstandes in der Auseinandersetzung um die Kandidatur auch nicht besonders glücklich bin. Der Bundesvorstand hatte 1993 gegen die Beteiligung an der Linken Alternative und deren Kandidatur gesprochen. Dabei war es leider geblieben. Die dann im letzten Sommer geäußerte Position, die sich darauf beschränkte, daß man eine Kandidatur in Hamburg nicht wünscht, weil sie für die Bundestagswahlen kontraproduktiv sei, hat auch nicht dazu beigetragen, den absolut unbefriedigenden Zustand zu überwinden. Es ist aber doch wohl davon auszugehen, daß es für die gesamte Partei schlecht ist, wenn bzw. daß wir nicht zu den Wahlen antreten können. (...)

Uns aus dem unbefriedigenden Zustand herausarbeiten, das müssen wir natürlich im wesentlichen selbst leisten. Trotzdem wären frühzeitige Beratungen auch mit dem Parteivorstand wünschenswert gewesen, und zwar darüber, wie wir uns, also die PDS in Hamburg, in die Lage versetzen, mit fundierten Positionen zu kandidieren, und wenn vielleicht nicht 1997, dann doch spätestens im Jahre 2001. Dieser Aufgabe sind wir zur Zeit nicht viel näher als 1993.

Wir brauchen eine Zäsur, einen Neuanfang, nämlich die Besinnung darauf, daß wir die PDS von unten aufbauen müssen, daß wir uns mit den kommunal- und landespolitischen Fragen in Hamburg befassen müssen, damit wir den sozialen und politischen Bewegungen nützen können. Die Annahme des Vorschlags von Horst, Joachim und mir, zu ein bis zwei Bezirksversammlungen zu kandidieren, hätte ein Signal in diese Richtung gesetzt. Das hat der Arbeitsausschuß abgelehnt. Mit der ideologisch begründeten und sachlich inhaltsleeren Kandidatur, wie er sie betreibt, kommen wir der Bewältigung der Aufgaben keinen Schritt näher, und der Beschluß zur Kandidatur kann und wird unter den gegebenen Bedingungen nicht dazu führen, daß die PDS im Wahlkampf bzw. bei den Wahlen eine nennenswerte Rolle spielt, sondern im Gegenteil den stattfindenden Zerfallsprozeß in der PDS Hamburg verschärfen.

*Christiane Schneider, AG Landespolitik,
AG BWK in und bei der PDS/LL HH*



Wehrmachtsausstellung in München und Debatte im Bundestag

Worüber in deutschen Familien nie gesprochen wurde

Am 24. Februar wurde im Münchner Rathaus die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 44“ eröffnet. Bereits in den ersten vier Wochen haben über 50 000 Menschen die Ausstellung besucht. Und noch immer stehen die Schlangen vor der Kasse durch den ganzen Rathaushof bis hinaus auf den Marienplatz. Die Termine für Schulklassen sind weit im voraus ausgebucht. Mittlerweile wurde die Öffnungszeit am Abend von 20 auf 21 Uhr verlängert. Die Druckerei kommt nicht nach mit dem Drucken des Katalogs. Im Stadtmuseum und in zwei Kinos laufen Filme zum Thema, und im Kulturzentrum am Gasteig sind die Veranstaltungen des Begleitprogramms noch immer überfüllt oder zumindest ungewöhnlich gut besucht. Worüber in den Familien nie gesprochen wurde, ist plötzlich zum allgemeinen Thema geworden. Ein fünfzigjähriges Tabu scheint gebrochen.

Die erfreuliche Wirkung der Ausstellung, die vor zwei Jahren vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitet und bereits in 15 Städten zwischen Hamburg und Wien (ohne derartigen Wirbel) gezeigt wurde, hat einen unerfreulichen Grund: Der Vorsitzende der Münchner CSU, Peter Gauweiler, nahm sie zum „Aufhänger“ einer ekelerregenden Rattenfängerkampagne am äußersten rechten Rande. Mit seiner nationalistischen Hetze gegen die Ausstellung und ihre Initiatoren leistete er den offenen Nazis Vorschub. Die hatten unter der Parole „Unsere Großväter waren keine Verbrecher – Gegen die antideutsche Schandausstellung“ zu einem Marsch am 1. März aufgerufen. Vom Geschwister-Scholl-Platz aus wollten sie zur Feldherrnhalle (dem Schauplatz von Hitlers mißglücktem Putschversuch von 1923) und von dort aus zum Rathaus marschieren. Das ist ihnen Gottseidank nicht gelungen. Zehntausend Antifaschisten versperrten ihnen den Weg. Ein wichtiger Erfolg. Aber trotz des vorzeitigen Endes war es doch der größte und bestorganisierte Aufmarsch der Faschisten in Deutschland seit Jahrzehnten. Beteiligt waren neben fünftausend Glatzen auch ein gutes Dut-

zend bekannter Nazi-Drahtzieher. Auch Walter Bachmann, Spitzenfunktionär des „Witkobundes“ (der völkischen Gesinnungsgemeinschaft in der Sudeten-deutschen Landsmannschaft) und Ehrenvorsitzender der NPD, marschierte mit.

Gauweiler setzt seine Kampagne noch immer fort, obwohl er nun schon zum zweiten Mal als Lügner dasteht. Beim ersten Mal wollte er plötzlich seine faschistischen Beschimpfungen gegen Jan Philipp Reemtsma vom Hamburger Institut für Sozialforschung nicht gesagt haben. Der Bayerische Rundfunk half seinem Gedächtnis mittels einer Tonbandaufnahme in aller Öffentlichkeit wirkungsvoll nach. Mitte März verschickte Gauweiler an 300 000 Haushalte einen Brief, in dem er die Münchner Presse als „Agitatoren der Aussteller und ihrer rot-grünen Bundesgenossen“ angriff, das Hamburger Institut in die Nähe des Terrorismus zu rücken versuchte und fälschlich behauptete, einer der Mitarbeiter dieses „sogenannten Instituts“ sei wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft. Diese Lüge weiter zu verbreiten, wurde ihm vor einigen Tagen gerichtlich unter-sagt.

Die CSU läßt Gauweiler gewähren. Einer muß ja die Drecksarbeit machen. Das Parteiorgan *Bayernkurier* schrieb unter der Überschrift „Wie Deutsche diffamiert werden“, die Linke versuche mit der Ausstellung, „die Strafmaßnahmen von Nürnberg gegenüber Deutschland noch zu verschärfen und einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk zu führen“. Die Parteispitze, sonst nicht gerade zimperlich, wollte nicht durch Kritik an der „Form“ von Gauweilers Äußerungen „eine Zensur ausüben“. In der Sache sei man sich einig.

Die Partei der Grünen machte den Schulterschuß zwischen Gauweiler und Neofaschisten und die Unterstützung von seiten der CSU zum Thema einer Debatte im Bayerischen Landtag und im Bundestag. Damit hat die Auseinandersetzung endgültig die Münchner Ebene verlassen und ist überregional zum Thema geworden. Vom 12. April an wird die Ausstellung in Frankfurt und danach in Bremen zu sehen sein.

Mein Onkel, mein Bruder, mein Vater, der Vater meiner Frau – nur einer kämpfte für eine gerechte Sache

Am 13. März debattierte der Deutsche Bundestag aus aktuellem Anlaß über drei Entschließungsanträge, die sich mit der Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 44“ in München befaßten. Über den Verlauf der Debatte berichtete Bettina Gaus in der *tageszeitung* (*taz*):

„Bei der Rede von Otto Schily schlug die Stimmung um. Vorher hatte sich bei der Bundestagsdebatte über die Kontroverse im Zusammenhang mit der Aus-

stellung, ‚Verbrechen der Wehrmacht‘ jene Polarisierung abgezeichnet, die wohl fast alle erwartet hatten. Gerald Häfner von den Bündnisgrünen hatte der CSU wegen ihrer heftigen Kritik an der Ausstellung vorgeworfen, mit dem ‚ultra-rechten Sumpf‘ zu paktieren. Alfred Dregger von der CDU hatte erklärt, wer eine pauschale Verurteilung der Wehrmacht versuche, der wolle ‚Deutschland bis ins Mark‘ treffen. Begleitet waren die Reden von erregten Zwischenrufen der jeweils anderen Seite und kräftigem Beifall der eigenen. Alles wie gehabt.

Dann kämpfte Otto Schily vorne am Rednerpult plötzlich mit den Tränen. Bis dahin hatte er nichts gesagt, was diese Gefühlsaufwallung hätte erwarten lassen. Es wurde still im Parlament. Endlos lange, so schien es, rang der SPD-Abgeordnete um Fassung. Er blickte vor sich auf seine Papiere, schob sie hin und her, setzte zum Sprechen an, brach wieder ab. ‚Entschuldigung‘. Dann schwieg er weiter. Würde Schily seine Rede überhaupt fortsetzen können?

Er tat es, und er sprach über seine Familie ...“

Aus der Rede von Otto Schily (SPD) am 13. März 1997 im Bundestag:

„Schwierig und schmerzhaft“

(...) Die Debatte über die Rolle der Wehrmacht ist schwierig und schmerzhaft, gewiß. Aber sie ist unausweichlich. Die Grammatik der politischen Sprache bevorzugt leider häufig in der historischen Retrospektive die Passivform: es wurde, es passierte, es ereignete sich, es fand statt. Hinter diesen Wortgeweben verschwinden das Subjekt, das Individuum, die Schuld und die Verantwortung.

Die Debatte kann uns aber auch in die Versuchung bringen – wer wollte das nicht eingestehen –, sie im Stil einer selbstgefälligen Moral zu führen. Davor ist niemand gefeit; davor sollten wir uns alle hüten. Wenn wir ehrlich mit uns umgehen, wird jeder einzelne von uns sich fragen müssen, wie er selbst in einer Extremsituation gehandelt hätte. Wer von uns könnte ohne weiteres behaupten, daß er zum Beispiel den Mut eines deutschen Soldaten aufgebracht hätte, der sich der Exekution von wehrlosen Zivilisten verweigerte und sich schweigend in ihre Reihe stellte, um den Tod mit ihnen zu teilen? (*Der Redner hält inne*)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einige persönliche Bemerkungen. Mein Onkel Fritz Schily, ein Mann von lauterem Charakter, war Oberst der Luftwaffe.

(*Der Redner hält erneut inne*)

– Entschuldigung. – Zum Ende des Krieges war er Kommandeur eines Fliegerhorstes in der Nähe von Ulm. Er suchte in Verzweiflung über die Verbrechen des Hitler-Regimes bei einem Tieffliegerbeschuß den Tod.

Mein ältester Bruder Peter Schily verweigerte sich der Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend und versuchte zunächst

ins Ausland zu fliehen. Da ihm das nicht gelang, meldete er sich freiwillig an die Front. Er wurde nach kurzer Ausbildung als Pionier im Rußlandfeldzug eingesetzt, erlitt schwere Verwundungen und verlor ein Auge sowie die Bewegungsfähigkeit eines Armes.

Mein Vater, eine herausragende Unternehmerpersönlichkeit, dem ich unendlich viel für mein Leben verdanke, war ein erklärter Gegner des Nazi-Regimes, empfand es aber als Reserveoffizier des Ersten Weltkrieges als tiefe Demütigung, daß er auf Grund seiner Mitgliedschaft in der von den Nazis verbotenen anthroposophischen Gesellschaft nicht zum Wehrdienst eingezogen wurde. Erst später hat er die Verrücktheit – ich verwende seine eigenen Worte – seiner damaligen Einstellung erkannt.

Der Vater meiner Frau, Jindrich Chajmovic, ein ungewöhnlich mutiger und opferbereiter Mensch, hat als jüdischer Partisan in Rußland gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft.

Nun sage ich einen Satz, der in seiner Härte und Klarheit von mir und uns allen angenommen werden muß: Der einzige von allen vier genannten Personen – der einzige! –, der für eine gerechte Sache sein Leben eingesetzt hat, war Jindrich Chajmovic. Denn er kämpfte gegen eine Armee, in deren Rücken sich die Gaskammern befanden, in denen seine Eltern und seine gesamte Familie ermordet wurden. Er kämpfte gegen eine Armee, die einen Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte, die die Massenmorde der berüchtigten Einsatztruppen unterstützte oder diese jedenfalls gewähren ließ. Er kämpfte, damit nicht weiter Tausende von Frauen, Kindern und Greisen auf brutalste Weise umgebracht wurden. Er kämpfte gegen eine deutsche Wehrmacht, die sich zum Vollstrecker des Rassenwahns, der Unmenschlichkeit des Hitler-Regimes erniedrigt und damit ihre Ehre verloren hatte.

(*Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU*)

Was glauben Sie, wie auf einen, der als Partisan für eine gerechte Sache gekämpft hat, folgender Kommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 26. Februar 1997 zu der Wehrmachtsausstellung wirken würde? Ich zitiere:

Gewiß wirkt erschreckend, wenn zu sehen ist, wie ein nach der Uniform unverkennbarer Wehrmachtssoldat jemandem den Strick um den Hals legt. Aber es verschwindet unter der scheinbar dokumentarischen Suggestivkraft des Bildes, ob es sich um eine Hinrichtung von Partisanen handelt – bis heute gerechtfertigt vom Kriegsvölkerrecht, das das Recht zum Töten den „Kombattanten“ vorbehält, also den von ihrem Staat in die Pflicht des Tötens genommenen Soldaten. Selbst der NS-Staat hat, als er Ende 1944 das letzte Aufgebot, den „Volkssturm“, aus halben Kindern und ge-

brechlichen älteren Männern aufstellte, darauf Bedacht genommen, die Reste der Uniformvorräte zusammenzukratzen, damit die Volkssturm-Männer als Kombattanten anerkannt würden.

Verstehen Sie, was in dieser eiskalten, trüben Logik zum Ausdruck kommt? Gerechtfertigt war es, einen Menschen, der für eine gerechte Sache kämpfte, zu erhängen. Es war ganz selbstverständlich, daß die Soldaten vom NS-Staat zum Töten in die Pflicht genommen wurden. Der NS-Staat findet eine Huldigung, weil er in seiner verbrecherischen Energie immer noch so penibel ordnungsliebend blieb, daß er die Kinder und Greise, die er am Schluß des Krieges in das Granatfeuer geschickt hat, mit Uniformen ausstattete.

Meine Damen und Herren, das ist eine erbärmliche Logik, die in der starren Welt formalistischer Begriffe nicht mehr die Wirklichkeit zu erreichen vermag. (...)

Nach der Rede von Otto Schily wurden zwei unvorbereitete Redebeiträge („Kurzinterventionen“) aufgerufen: die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach, die sich anschickt, in Frankfurt/Main die Rolle Gauweilers fortzusetzen, und die Grüne Christa Nickels.

Erika Steinbach (CDU/CSU)

Scheuklappen

(...) Ich bin aber der festen Überzeugung, daß die Ausstellung ... eine Scheuklappenausstellung ist. Sie ist einseitig; und sie verletzt diejenigen, die sich nicht zur Wehr setzen können.

Überlegen Sie: Ein junger Soldat, der 1944 im Alter von 18 Jahren gefallen ist, war zur Zeit der Machtergreifung Hitlers sieben Jahre alt. Er hat diesem Regime nicht auf die Beine geholfen. Er war schlicht Opfer dieses Regimes.

Überlegen Sie: Ein junger Hauptmann, der 1944 im Alter von 25 Jahren gefallen ist, war 1933 noch nicht einmal wahlberechtigt und hat diesem Regime nicht auf die Beine geholfen. Auch dieser Soldat war zunächst einmal Opfer und kein Täter.

All das wird in dieser Ausstellung nicht behandelt. Diese Ausstellung hat etwas Infames an sich. Sie will diskreditieren; davon bin ich fest überzeugt. (...)

Christa Nickels (Bündnis 90/Die Grünen)

Endlich in Ruhe darüber reden

(...) Mein Vater war nicht jung, als er in den Krieg ging. Er wurde 1908 geboren und ist 1991 gestorben.

Er war nicht Parteimitglied. Er wurde zurückgestellt, weil er Bauer war. Später wurde er eingezogen. Meine Mutter hat mir erzählt, daß mein Vater in den 50er Jahren – er war ein gestandener Mann, der sein ganzes Leben lang schwer gearbeitet hat – keine Nacht bei offenem Fenster geschlafen und jede Nacht im Schlaf furchtbar von Feuer und Kindern ge-

schrien hat. Sie sagte, daß es einfach grauenhaft war.

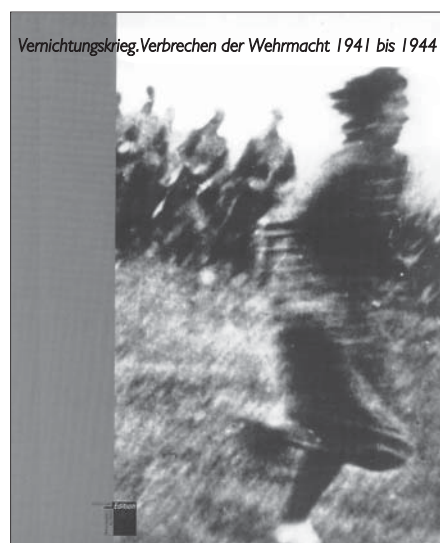
Ich habe meinen Vater natürlich sehr geliebt. Er hat nie erzählt, wie es war, wenn man zum erstenmal auf einen Menschen schießt. Heute wundert mich das. Allenfalls haben die Männer, wenn sie auf einer Familienfeier betrunken waren, die Geschichte erzählt, daß sie zur damaligen Zeit ins Ausland kamen, aber niemand hat gesagt, wie es war, wenn man zum erstenmal auf jemanden schießen mußte. Darüber hat keiner gesprochen.

In den letzten Jahren habe ich manchmal Menschen, die mir sehr nahestehen und das erlebt haben, danach gefragt. Sie können immer noch nicht darüber reden.

Vor einigen Jahren reichten sich unser Bundeskanzler und Präsident Reagan auf einem Friedhof in Bitburg die Hand. Dabei ist mir zum erstenmal aufgefallen, daß mein Vater auf dem einzigen Foto, das es aus dieser Zeit von ihm gibt, eine Uniform trägt, die schwarz ist und auf der Totenköpfe sind. Damals war ich schon für die Grünen im Bundestag und habe es nicht gewagt, meinen Vater zu fragen; denn es fiel mir unendlich schwer. Ich habe es nicht übers Herz gebracht, ich konnte das nicht.

1989 bin ich mit unserer bündnisgrünen Bundestagsfraktion nach Warschau gefahren. 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen sind wir in Majdanek gewesen. Ich weiß nur, daß Papa im Krieg in Frankreich, in Rußland und in Polen gewesen ist. Ich weiß, daß er in Lemberg in Gefangenschaft geraten ist.

Ich war im KZ in Majdanek und sage Ihnen: Eines Nachts bin ich regelrecht zusammengebrochen, weil ich furchtbar über das erschüttert war, was in Majdanek passiert war, aber genauso über das, was man mit den Männern, zu denen auch mein Vater gehört hat, gemacht hat.



1995 eröffnete das Hamburger Institut für Sozialforschung die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Der vorliegende Katalog dokumentiert das Verhalten der Truppen in Serbien und in der besetzten Sowjetunion. ISBN 3-930908-24-7

Es waren überwiegend Männer, die das Leben und Kinder liebten. Es ist furchtbar, zu was man diese Männer in diesem verbrecherischen Krieg gemacht hat. Die meisten von ihnen hatten nicht die Kraft, sich dem zu entziehen. Sie alle haben unendliche entsetzliche Schuld auf sich geladen. Die Männer, Frauen und Kinder – ich bin die Tochter eines solchen Soldaten – sind bis heute davon geprägt.

Es stimmt doch nicht, daß man dann, wenn man die Wunden ungeschminkt zeigt und anfängt, darüber zu reden, die Betroffenen mit Schmutz überschüttet oder in eine Ecke stellt. Im Gegenteil, ich glaube, das Beste, das uns passieren könnte, wäre, wenn wir ein Klima in Deutschland bekämen, in dem die Väter und Mütter und ihre Kinder – ich bin ein Nachkriegskind und mittlerweile 45 Jahre alt – endlich einmal in aller Ruhe miteinander darüber reden könnten, was mit ihnen passiert ist und warum das so gekommen ist. (...)

Aus der Rede von Gerhard Zwerenz (PDS) am 13. März 1997 im Bundestag
Feindbilder

(...) Was mich aufrichtig erzürnt, ist, daß es zwei gestanzte Formeln gibt, nämlich erstens von der Wehrmacht, die in Kriegsverbrechen verstrickt gewesen sei, und zweitens, daß die Wehrmachtsausstellung eine pauschale Verurteilung aller 18 Millionen deutscher Soldaten sei. Das redet einer dem anderen nach. Denkt vielleicht wenigstens einer daran, was gewesen wäre, wenn diese 18 Millionen Soldaten ausgerufen hätten: „Wir sind das Volk! Nie wieder Krieg! Mit uns nicht!“? Wenn diese Soldaten dann nach Hause gegangen wären, wäre der Krieg aus gewesen. Ohne diese Wehrmacht hätte es keinen Holocaust, keinen Genozid, keinen Zweiten Weltkrieg und nicht seine 50 Millionen Toten gegeben....

So haben einige Soldaten gehandelt. Sie sind allerdings mit dem Tode bestraft worden.

Es hat außerdem Widerständler der ersten Stunde gegeben, die schon 1933 gesagt haben: Hitler, das ist der Krieg. Aber das waren in der Hauptsache Kommunisten und nur ganz wenige Pazifisten und Katholiken. Deswegen spricht man nicht so gern darüber. Man spricht erst über die Widerständler vom 20. Juli 1944. (...)

Wir müssen uns auch daran erinnern, daß in diesem letzten Kriegsjahr mehr Menschen zu Tode gekommen sind als in den gesamten Kriegsjahren zuvor. Man muß also sagen: Diejenigen, die diesen Krieg beenden wollten – eingeschlossen die Deserteure, aber nicht nur sie –, haben doch wohl das Richtige getan. Sie können sich aber nicht einmal jetzt dazu durchringen, das zuzugeben.

Der Antrag von CDU/CSU und F.D.P. beginnt mit großen Worten im Wagnerischen Opernton. Ich zitiere: Der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäi-

schen Geschichte. Ihr fielen Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer.

Das ist bezeichnend, meine Damen und Herren. Bevor Sie auch nur ein einziges jüdisches, polnisches, russisches Opfer des deutschen Vernichtungskrieges genannt haben, denken Sie sofort an die deutschen Opfer. Täter gibt es in Deutschland offensichtlich nicht. Dabei handelt es sich wohl nur um ganz wenige; sie werden nicht mehr beim Namen genannt. Das ist eine winzige Minderheit.

Reden wir also nicht von „Verstrickung“; reden wir vom geplanten Genozid. Er ist eben nicht nur von Hitler und von den Leuten, die um ihn herum waren, geplant worden. In den ersten sieben Monaten des Rußlandkrieges sind 3,9 Millionen russische Gefangene gemacht worden. Davon sind 2 Millionen verhungert – sie hat man verhungern lassen –, und 600 000 russische Gefangene hat man erschossen. Dies ist geschehen, obwohl Sie von der CDU/CSU doch fortwährend herbeten, daß so viele Generäle und Armeekommandeure den Kommissarbefehl nicht an die Truppe weitergeben haben. Ja, wer hat denn dann die 600 000 Russen erschossen? Das war doch nicht ausschließlich die SS; so viele SS-Leute gab es doch gar nicht.

Daß man versucht, sich um diese furchtbaren Wahrheiten herumzuschwindeln, das ist der eigentliche Skandal unserer Zeit. (...)

Ich möchte Sie bitten: Bedenken Sie, daß selbst ein Mann, der eine solch stählerne Feder führt wie Friedrich Karl Fromme, in der FAZ am 26. Februar 1997 vom „jüdischen Bolschewismus“ geschrieben hat, in dem die beiden Hauptfeindbilder der Nazis, das jüdische und das bolschewistische, zusammengefloßen seien. Das Resultat dessen, daß diese beiden Feindbilder in eins zusammengefallen sind, zeigt diese Wehrmachtsausstellung. Sie bringt deswegen etwas Neues, weil sie bewirkt, daß dieses ungeheuerliche, beschämende Gefühl von Schuld unausweichlich jeden trifft, ob er nun selbst subjektiv schuldig ist oder nicht. Dem muß man sich stellen, und das kann man nicht mit solchen Floskeln tun, wie sie jetzt fortwährend fallen.

Wenn diese Ausstellung schon nicht, wie mein Freund Graf von Einsiedel und ich angeregt haben – es war nicht die PDS –, im Foyer des Deutschen Bundestages gezeigt werden darf, dann sind wir wenigstens dafür, daß die Präsidentin des Deutschen Bundestages diese Ausstellung, wenn sie in Bonn gezeigt werden wird, als Schirmherrin eröffnet. Dann hat der Bundestag dieser Ausstellung wenigstens noch seine Reverenz erwiesen (...)

Renate Hennecke hat den Artikel für die tschechische Zeitung Haló noviny geschrieben und die Beiträge der Bundestagsdebatte zusammengestellt. Wir danken für die Möglichkeit des Nachdrucks.



Inge Viett: Nie war ich furchtloser

Zeitzeugnis

Nach Briefen aus dem Gefängnis, im Sommer 1996 unter dem Titel „Einsprüche“ veröffentlicht (siehe auch *Politische Berichte* 21/96), hat Edition Nautilus jetzt Inge Vietts Autobiographie herausgegeben: „Nie war ich furchtloser“.

Inge Viett, im Januar 1997 aus dem Gefängnis entlassen, wo sie nach der Verurteilung zu 13 Jahren Haft über sieben Jahre zugebracht hat, hatte sich Anfang der 70er Jahre der „Bewegung 2. Juni“ angeschlossen, später dann der RAF. 1982 trennte sie sich von der RAF und siedelte in die DDR über, wo sie bis zu ihrer Verhaftung 1990 lebte.

In ihrer Autobiographie schildert sie die Trostlosigkeit ihrer Kindheit in der bedrückenden Enge eines schleswig-holsteinischen Dorfes in den 50er Jahren, die Zeit der Orientierungslosigkeit und Suche, ihr Hineintauchen in die Subkultur in Berlin und ihren Anschluß an die „Bewegung 2. Juni“, Erlebnisse und Erfahrungen aus den zwölf Jahren Illegalität und bewaffnetem Kampf, ihre Gründe, die RAF zu verlassen, ihr Leben in der DDR.

Ein analytischer Beitrag zur Geschichtsdiskussion von RAF und „Bewegung 2. Juni“ ist ihre Autobiographie nicht, eher ein Zustände, Erlebnisse, Entscheidungen schildernder Bericht einer Zeitzeugin. „Ich war an dem Aufstand beteiligt und habe das

Recht, darüber in der Weise zu reden, wie ich in der damaligen Zeit darüber gedacht und gefühlt habe. Müssen erst Generationen vergehen, bevor ein Stück authentische Gegengeschichte ertragen wird? Muß ich meine Geschichte ‚kritisch‘ erzählen und kann nicht einfach erzählen, wie es war für mich, für uns? Ich muß die visionäre Hingabe, das tief überzeugte Lebensgefühl, mit dem wir den Guerillakampf geführt haben, mitteilen dürfen, ungeachtet der kühleren und kritischeren Einsicht meiner heutigen Erfahrung.“

Zunächst ist das irritierend, aber es ist vor allem das, was sie erzählt, das den heutigen Leser zunächst irritiert. Danach wächst Inge Viett nahezu bruchlos aus der Subkultur Berlins, dem „Underground“, in den Untergrund, die Illegalität, den bewaffneten Kampf. Zwar beschreibt sie eine Art Schlüsselerlebnis, eine mehrmonatige Reise nach Nordafrika, auf der sie einen Blick gewinnt „für die furchtbare, verbrecherische Systematik in der Abhängigkeit der Armen von den Reichen“. Und noch ein zweites, die Nacht auf einer Polizeistation. Aber beide Ereignisse bewirken, so hat man den Eindruck, nur die Beschleunigung ihrer Entwicklung. Inge Vietts Entscheidung, in die Illegalität zu gehen, bewaffnet zu kämpfen, stellt darin keinen Bruch dar und scheint nicht das Ergebnis von Überlegungen, etwa über Rechtfertigungsgründe für Gewalt in der BRD der 60er/70er Jahre. Sie schildert, wie sie von zwei Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“ überraschend besucht und rekrutiert wird: „Ich unterstütze den bewaffneten Kampf ganz selbstverständlich, zweifle überhaupt nicht an seiner Legitimität und Notwendigkeit, aber, meine Güte, ich selbst bewaffnet kämpfen? Bis zu dieser Konsequenz bin ich noch nicht gekommen. (...) Die Sache ist ganz einfach für mich. Wie viele Male habe ich gerufen: ‚Nieder mit dem Imperialismus!‘? Wie viele Flugblätter geschrieben zur Unterstützung des Vietcong, der afrikanischen und lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen?



Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Schahbesuch von der Polizei erschossen

Wie begeistert verschlinge ich die Bücher und das Wissen über die Siege und Niederlagen in der historischen Befreiungsgeschichte? ... Jetzt will ich mich auch einreihen, jetzt will ich auch alles geben.“

Der Rezensent ihrer Autobiographie in der *Frankfurter Allgemeinen* (24.3.) gibt auf die von ihm so gestellte Frage: „Wie wird ein empfindsamer, musischer Mensch zum Terroristen?“ die Antwort, daß ihr Buch psychologische Deutungen ihres Lebensweges nahelege. Das trifft jedoch nicht zu. Auch wenn nur ein insgesamt verschwindend kleiner Teil sich solchen Bewegungen wie „2. Juni“ oder RAF angeschlossen hat, gibt das Buch Zeugnis von der Rebellion großer Teile einer Generation, die ihre Ursache in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der Nachkriegs-BRD hat, und es vermittelt nicht nur den persönlichen Lebensweg, sondern seinen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen.

In der BRD hatte keine Abrechnung mit dem Faschismus stattgefunden. Die Grundstrukturen, die den glatten Übergang vom positiven Rechtsstaat der Weimarer Republik in den Faschismus ermöglicht hatten, waren im großen und ganzen unangetastet. Inge Viett schildert das dörfliche Milieu, in dem sie aufwächst und in dem der Hitler-Gruß noch üblich ist: „Alles Fremde, Andersartige wurde mißtrauisch abgelehnt, war Ziel bösester Projektionen von Zwietracht, Schuld, Sünde. Alles Schwache wurde vernutzt, alleingelassen, beseitigegestoßen.“ Dieser dörflich-bäuerliche Verständnisswelt sei die faschistische Ideologie sehr nah gewesen. Sie erlebt den deutschen Beamten, diesen zur Bestie entfesselten Träger des Faschismus, in Gestalt des Dorfschullehrers, der am 17. Juni „vom Abschütteln des ‚bolschewistischen Jochs‘“ sprach, „in Selbstvergessenheit (geriet) über die ‚endliche Zerschlagung des Jüdisch-Kommunistischen Gebildes‘ östlich der Elbe“ und sich „in antisemitische Beschimpfungen und Klagen über den verlorenen Krieg“ hineinsteigerte.

Ein großer Teil der Nachkriegsgeneration hat solche oder vergleichbare Erfahrungen, wurde damit konfrontiert, daß die Strukturen, die den Faschismus ermöglicht oder ihm nichts entgegengesetzt hatten, sich reproduzierten, wurde sich allmählich auch der Unwissenheit und Unaufgeklärtheit bewußt, in der er in bezug auf den Faschismus und auf die furchtbaren Verbrechen Deutschlands gehalten wurde. „Diese unverantwortliche Unterlassung von geschichtlicher und politischer Aufklärung und Vermittlung der jüngsten Geschichte“, schreibt Inge Viett, „mit deren Auswirkungen wir ja zu leben und, wie wir noch sehen werden, auch zu kämpfen hatten, war in der BRD allgemein. In diesem Punkt war das Unwissen der Mädchen, mit denen ich später im Internat und auf der Schule war, ganz unterschiedslos zu meinem. (...) Die Erziehung und Bildung hat uns bis in

die siebziger Jahre hinein überhaupt keine Chance gegeben zum selbständigen Denken, zur kritisch-geistigen Entwicklung. Geschichte hatte einfach nicht stattgefunden bzw. nur in Jahreszahlen und bis zur Kaiserzeit.“

Ein größerer Teil dieser Generation entwickelte, zum Teil durchaus von den Älteren toleriert, einen starken Widerwillen dagegen, sich in die angebotenen Lebensweisen einzufügen. Ihre Opposition entwickelte sich an den Notstandsgesetzen, der inneren Reaktion, der Fortsetzung faschistischer Traditionen, dem herrschenden Anti-Kommunismus, der auf Revision der Ergebnisse des 2. Weltkriegs zielende Hetze gegen die Völker des europäischen Ostens, dem Nationalismus, dem gegen die Länder der Dritten Welt gerichteten Bündnis mit dem US-Imperialismus, der Unterstützung des Vietnamkrieges. Vor allem ein Ereignis wurde wichtig, weil es den schlimmsten Befürchtungen über die Kontinuität des Faschismus eine gewisse Realität verlieh: Mit der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 (das Datum verlieh später der „Bewegung 2. Juni“ den Namen) wurde die gesamte staatliche Gewalt gegen die oppositionelle Jugendbewegung, die die imperialistische Politik der BRD kritisierte, zum Einsatz gebracht.

Opposition wurde zu einer Lebensweise für Teile dieser Generation, zu einem Lebensgefühl, das sich etwa in der weit verbreiteten Parole „Macht kaputt, was Euch kaputtmacht“ Ausdruck gab. Ihre Ausgrenzung führte zur Herausbildung eines subkulturellen Milieus, das vor allem in Berlin sehr groß war. In Teilen der oppositionellen Jugendbewegung bildete sich die Vorstellung heraus, daß mit dieser Gesellschaft der BRD der „Bruch“ vollzogen werden müsse. Davon ist zum Beispiel in frühen RAF-Dokumenten die Rede, und auch in der Autobiographie Inge Vietts wird die Bedeutung, die diese Vorstellung für den Weg in den Untergrund hatte, deutlich. Von sehr vielen wurde in unterschiedlichem Ausmaß „revolutionäre Gewalt“ als Mittel des „Bruchs“ akzeptiert. Hinzu kam für viele, auch für Inge Viett, daß es die Möglichkeit, in eine bürgerliche Laufbahn einzubiegen, schwerlich oder gar nicht gab. Sie selbst schreibt dazu: „Gerade in Berlin war der Befürworter und Sympathisant revolutionärer Gewalt der nichtakademische Teil der Jugendrevolte. Diesen Jugendlichen standen nicht die Hörsäle der Universitäten als Rückzugsgebiet bereit. Sie hätten nur wieder zurückgehen können in die alten Verhältnisse, aus denen sie vor einigen Jahren ausgebrochen waren, weil sie nicht mehr erträglich waren. Sie hatten in den Jahren rebellischer politischer Aktivitäten soviel Selbstbestimmung ausprobiert, daß sie dazu nicht mehr bereit waren. Noch war der Traum von einer solidarischen ausbeutungsfreien Gesellschaft wert, erkämpft zu werden. Noch



Inge Viett
*Nie war ich
furchtloser*
Auto-
biographie
Gebunden
320 Seiten
DM 39,80
Edition
Nautilus

Von Inge Viett erschien außerdem:
Einsprüche
Briefe aus dem Gefängnis
160 Seiten, DM 26,-
Edition Nautilus

war er bei vielen stark genug, dafür etwas zu wagen, zu geben. Zu diesem Teil der Bewegung gehörte auch ich, in ihm entwickelte ich die Konsequenz: vom Protest zum Widerstand, von der Spontaneität zur Verbindlichkeit.“

Inge Vietts Abwendung vom bewaffneten Kampf begann Ende der 70er Jahre und führte 1982 zur Übersiedlung in die DDR. Es liegt nicht nur und wohl auch nicht hauptsächlich an ihren Differenzen zur RAF, der sie sich angeschlossen hatte, daß sie sich selbst in ihrem Leben im Untergrund zur Last wurde. Zu ihrem Entschluß hat auch ihr Schuß auf einen sie verfolgenden Polizisten höchstens indirekt beigetragen, ein Schuß, den sie bis zu ihrem Prozeß nicht als ihre Tat verarbeitet, sondern als „Geschehnis“, als „Verhängnis“ empfunden und verdrängt hat. Was dann bewirkte die Abwendung? Inge Viett sagte in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland*, im Spätsommer 82 sei der Punkt erreicht gewesen, „wo ich unsere politische Isolation von den sozialen Kämpfen an der Basis durch keine persönlichen Anstrengungen und Veränderungen mehr kompensieren konnte“. Das subkulturelle Milieu, mit dem sie sich in den 70ern so eng verbunden fühlte, hatte sich längst zu neuen Lebenswelten zu verfestigen begonnen, die in der Gesellschaft der BRD ihren Platz haben.

Ihre Reintegration ist nicht nur objektiv schwierig, sondern ihr subjektiv unvorstellbar. Sie nennt es ein „kaum zu beschreibendes Glück, daß der Verlauf meiner Geschichte meine Unwissenheit über das andere Deutschland korrigierte, über das Leben dort im ständigen Widerspruch zwischen Verwirklichung und Verkümmern sozialistischer Ziele, Ansprüche und Lebensweise, über die Anstrengungen, die Ideale, Fähigkeiten und Unfähigkeiten, die Wahrheiten und Irrtümer, die diesem Widerspruch entsprungen und von ihm gezeichnet sind. Nur wer dort gelebt hat, kann begreifen, was zerstört wurde.“

(Christiane Schneider)

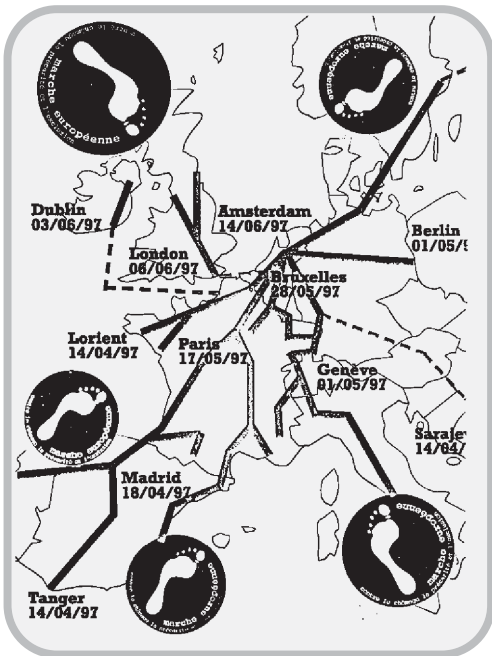
EUROPÄISCHE MÄRSCHE gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

Die Maastricht II Konferenz im Juni in Amsterdam will über soziale Probleme überhaupt nicht reden. Ein internationales Bündnis von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Flüchtlings-, Frauen- und anderen sozialen Gruppen ruft auf zum Europäischen Marsch gegen Er-

werbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung. Ab dem 14. April marschieren sie aus vielen Ländern Europas nach Amsterdam. Diese internationalen Sternmärsche werden am 14. Juni in eine Großdemonstration münden. Vom 12. bis 17. Juni findet dort auch ein Gipfel zum Regierungsgipfel statt.

In der Bundesrepublik wird es bis jetzt drei Marschrouten geben:

- * Marsch Nord startet am 31. Mai von Demmin (Stralsund) und bewegt sich in einer Fahrraddemonstration über Oldenburg nach Groningen, wo er am 10. Juni eintrifft.
- * Marsch Rheinschiene beginnt am 10. Mai in Basel und führt über Köln und Aachen nach Maastricht, wo er am 1. Juni eintrifft.
- * Marsch Ost/West beginnt am 1. Mai in Frankfurt / Oder mit einem Zug von Thüringen nach Berlin. Dann geht es über Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen ins Ruhrgebiet. Von Duisburg aus gelangt er am 5. Juni per Schiff nach Nijmegen. Eine Gruppe von Zimmerleuten macht sich am 1. Mai eigenständig auf den Weg nach Amsterdam.



INFORMATIONEN bei den regionalen Stellen oder über das:
Bundesbüro Euro-Marsch, c/o DGB-Jugendzentrum,
Brunnenstraße 125-127, 13355 Berlin, Tel. und Fax: 030 / 4 64 58 43

2. April: Medizin nur für Reiche? Das bundesdeutsche Gesundheitssystem im Spannungsfeld von Solidarität und Reprivatisierung. Diskussion mit E. Wetzstein, Mitarbeiter der Bundestagsgruppe PDS und Arbeitskreis Gesundheitspolitik der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS / Verein Gesellschaftsanalyse und politische Bildung in **Berlin**, Franz-Mehring-Platz 1

19. April: Soziale Standards in Kommunen. Tagung der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales, **Berlin**, Haus am Köllnischen Park, Saal 4, ab 10.00 Uhr

26./27. April: Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS. Hauptthema ist der Flächentarif und seine Bedeutung. Als Referenten werden u.a. erwartet: Michael Wendl, ÖTV-Landesvorsitzender Bayern, Bodo Ramelow, HBV-Landesvorsitzender Thüringen.

5. Mai: Europäischer Tag der Behinderten

8. Mai: Internationale Kundgebung auf dem Friedhof des ehem. KZ Esterwegen in Bockhorst bei Papenburg. Veranstalter: Deutsch-Niederländische Initiative 8. Mai. Redner sind: Koert Stek, Widerstandskämpfer und stellv. Bürgermeister der Gemeinde Reiderland, NL; H. Bröring, OKD Kreis Emsland sowie die ehemaligen Gefangenen Rik de Bondt (Belgien), Stanislaw Krzyzaniak (Polen) und Ludwig

Baumann (Bremen). Das Kulturprogramm bestreitet Günter Gall (Osnabrück). **Beginn 15 Uhr.**

11. Mai: Treffen zur Vorbereitung der AG Philosophie der Linken Sommerschule Schnepfenthal. Ort: 22767 **Hamburg**, Palmaille 24, (S-Bahn Königstr.); Zeit: voraussichtlich 12.00 Uhr. Bitte anmelden bei Christiane Schneider, Tel: 040/381393

24. Mai: Wirtschaftspolitische Workshop der PDS-Bundestagsgruppe. Voraussetzungen: Themen: Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsgesellschaften, kommunale Wirtschaftsförderung, Wirtschaft von unten; ökologischer Umbau, Forschungs- und Technologiepolitik

31. Mai: Öff. Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des Kurdistan-Rundbriefs in Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz.

31.7.-3.8. Linke Sommerschule in Schnepfenthal

29.-31.8.: UZ-Pressesfest in Dortmund.

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis *Politische Berichte*, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis *Politische Berichte*: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“

Reportagen und Berichte regional wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, *Hamburg:* GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- ☐ (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM/Jahr)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart